

# Sichere Chemikalien für eine giftfreie Zukunft



*von Hiltrud Breyer MdEP*

*Aktionsvorschläge*

*Musteranträge*

*Straßenaktionen*

*Musterpressemitteilungen*



Die Grünen | Europäische Freie Allianz  
im Europäischen Parlament

[www.gruene-efa.org](http://www.gruene-efa.org)

Liebe Freundinnen und Freunde,

der Schutz von VerbraucherInnen und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien ist ein Herzstück grüner Politik. Wir konnten bereits erste Etappenerfolge erzielen. In der Kosmetikrichtlinie sind auf unsere Initiative kanzerogene Stoffe verboten und es ist uns nach jahrelangem Kampf gelungen, dass die gefährlichsten Weichmacher in Kinderspielzeug verboten wurden. Ein neues Europäisches Chemikalienrecht tritt bald in die entscheidende Phase. Die geplante Verordnung sieht vor, künftig alle Substanzen zu registrieren, zu bewerten und zu autorisieren (REACH). Sie ist die herausragende Chance, Mensch und Umwelt vor schleichender Vergiftung zu bewahren und mit Sicherheit das wichtigste Gesetzesvorhaben für Umwelt und Verbraucher in dieser Legislatur.



Europäisches Parlament und EU-Wettbewerbsrat haben REACH abgeschwächt - **doch noch haben wir die Chance, den vorliegenden Gesetzesentwurf in der zweiten Lesung im Sommer 2006 wieder entscheidend zu verbessern.** Es gilt zu verhindern, dass die Chemielobby das geplante Gesetz weiter verwässert und eine wirksame REACH-Verordnung vereitelt. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt noch Rückenwind für ein starkes Europäisches Chemikalienrecht geben. Mit unserer Kampagne wollen wir die **Europäische Chemikalienpolitik dorthin tragen, wo sie hingehört: zu den VerbraucherInnen auf die Straße.** Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz hängen von sicheren Chemikalien ab. Jeder und jede ist betroffen. Denn trotz bewusster Lebensführung sind wir Chemikalien täglich ausgeliefert. Beispielsweise wurde bei mir im Rahmen der WWF-Bluttestaktion ein erschreckender Giftcocktail aus 37 der 101 getesteten Chemikalien gefunden.

**Diese Kampagne ist daher auch über den REACH-Gesetzgebungsprozesses hinaus von Bedeutung. Umwelt- und Verbraucherschutz gehören zu den Grünen Schlüsselkompetenzen - dafür machen wir uns stark. Setzen wir die sichere Chemikalienpolitik bundesweit und allerorts auf die Agenda! Nicht nur in Europa, sondern auch auf kommunaler Ebene.**

Mit Aktionen vor Ort können wir Bündnisgrüne die Menschen erreichen und etwas bewegen. Infostände, Postkartenaktionen, Gesprächsrunden, aber auch Öko-Modenschauen oder Kinder-Aktionen in Fußgängerzonen sind einige unserer Anregungen für Aktionen mit und für VerbraucherInnen, die Ihr durch eigene Ideen erweitern und ergänzen oder gemeinsam mit Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen durchführen könnt.

Für eine neue Chemikalienpolitik können wir uns auch auf kommunaler Ebene einsetzen. Aufsehen erregende Untersuchungen zu Phthalaten in medizinischen Produkten und Arzneimittelkapseln zeigen, dass das Problem der PVC-Weichmacher noch nicht gelöst ist. Beispielsweise haben die Grünen in Wien aus der Opposition heraus das Pilotprojekt "PVC-freies Krankenhaus" mitinitiiert: ein Musterantrag, den Ihr auf den kommenden Seiten findet. Dieses Infopaket enthält neben Hintergrundinformationen, Aktionsvorschlägen, Tipps für die Öffentlichkeitsarbeit auch viele **Mustertexte, die Ihr auch unter [www.hiltrud-breyer.de](http://www.hiltrud-breyer.de) downloaden** könnt.

Bitte beteiligt Euch und lasst uns die Kampagne zum Erfolg machen. Gefährliche Stoffe haben in Alltagsprodukten und Kinderspielsachen nichts zu suchen. **Mit dieser Kampagne können wir zeigen, dass wir uns für die VerbraucherInnen einsetzen, ihre Interessen wahrnehmen. Grün wirkt weiter. Packen wir es an.**

Mit besten Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads "Hiltrud Breyer". The script is cursive and fluid.

Eure Hiltrud Breyer

## Inhaltsverzeichnis

<b>I. Hintergrundinformationen: Das neue Chemikalienrecht REACH</b> .....	<b>4</b>
<b>1. Die Vorteile der neuen Chemikalienverordnung REACH</b> .....	<b>4</b>
1.1. Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau .....	9
1.2. Pariser Appell - Internationale Erklärung zu Gesundheitsgefahren durch Chemikalien .....	13
<b>2. Grundlagen: REACH im Gesetzgebungsprozess</b> .....	<b>14</b>
2.1. Aufbau der REACH-Verordnung .....	14
2.2. Chronologie der REACH-Etappen .....	15
2.3. Vergleich der Plenarabstimmung mit bestehender Gesetzgebung .....	16
2.4. Zeitplan .....	17
<b>3. Grüne Positionen</b> .....	<b>18</b>
3.1. BDK-Beschluss "Neues Chemikalienrecht für Europa" .....	18
3.2. Zehn Punkte zu REACH von der Grünen Europafraktion .....	19
3.4. Bewertung der Einigung des EU-Wettbewerbsrates .....	22
3.6. Schlüsselforderungen der Grünen Europafraktion für die Zweite Lesung .....	23
<b>II. Aktionsvorschläge für und mit VerbraucherInnen</b> .....	<b>24</b>
<b>1. Infostände</b> .....	<b>24</b>
<b>2. Aktionen am Stand und in Fußgängerzonen</b> .....	<b>25</b>
<b>3. Material zum Auslegen und Verteilen</b> .....	<b>26</b>
3.1. Mustertexte (DIN A 2 /1) für die Standgestaltung .....	27
3.2. Musterfaltblatt: "Gift-Tour" durchs Badezimmer .....	32
3.3. Muster-Unterschriftenliste für VerbraucherInnen .....	33
3.4. Muster-Unterschriftenliste für Unternehmen .....	34
3.5. Musterkarte an EuropaparlamentarierInnen aus den Wahlkreisen .....	35
3.6. Musterbrief an Unternehmen .....	36
<b>4. Aktionspaket der Grünen Europafraktion</b> .....	<b>37</b>
<b>5. Weitere Ideen</b> .....	<b>38</b>
<b>III. Kommunalpolitische Initiativen</b> .....	<b>39</b>
<b>1. Kommunale Anträge zum PVC-Verzicht</b> .....	<b>39</b>
<b>2. Mustertexte</b> .....	<b>40</b>
2.1. Mustertext: Pilotprojekt PVC-freies Krankenhaus .....	40
2.2. Mustertext: Antrag für Kommunen zu PVC-haltigen Produkten .....	40
2.3. Mustertext: Kommunaler Aktionsplan zu PVC-haltigen Produkten .....	41
<b>IV. Pressearbeit</b> .....	<b>42</b>
<b>1. Tipps für die Pressearbeit</b> .....	<b>42</b>
<b>2. Mustertexte</b> .....	<b>43</b>
2.1. Presserklärung zur Ankündigung einer Veranstaltung .....	43
2.2. Mustertexte für Öffentlichkeitsarbeit .....	44
2.3. Musterartikel in Anzeigen- und anderen Lokal- oder Regionalzeitungen .....	48
<b>V. Informationsmaterialien zur Kampagne</b> .....	<b>49</b>
<b>1. Literatur</b> .....	<b>49</b>
<b>2. Links</b> .....	<b>51</b>
<b>IV. Kontakte</b> .....	<b>52</b>

# I. Hintergrundinformationen: Das neue Chemikalienrecht REACH

Innerhalb der Europäischen Union sind rund 100.000 Chemikalien auf dem Markt. Bei ca. 95.000 dieser Stoffe ist derzeit unbekannt, was sie genau beinhalten und wie sie auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt wirken. Bezogen auf die Gesamtmenge der jedes Jahr in der EU vermarkteten Chemikalien haben ca. 96% dieser Stoffe nie ein offizielles Anmeldeverfahren durchlaufen. Lediglich 3% der am häufigsten produzierten und verwendeten Chemikalien sind vollständig getestet, wie sie auf Mensch und Umwelt wirken. Diese Unwissenheit ist unerträglich. Denn sie bedeutet einen Großversuch an Mensch, Tier und Umwelt. Ein neues Europäisches Chemikalienrecht soll nun endlich diese Unkenntnis beseitigen.

## 1. Die Vorteile der neuen Chemikalienverordnung REACH

Das neue Chemikalienrecht REACH steht für "**R**egistrierung, **E**valuation and **A**uthorisation of **C**hemicals" - und damit für Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien. In der Praxis bedeutet dies, dass ein Unternehmen, welches chemische Stoffe in Mengen von mehr als einer Tonne pro Jahr herstellt, verpflichtet ist, die Eigenschaften der verkauften Produkte an eine neu zu schaffende Chemieagentur in Helsinki zu melden. In diesem System sind etwas 30.000 chemische Stoffe erfasst, wobei diejenigen, die in den höchsten Mengen und mit den gefährlichsten Eigenschaften zuerst registriert werden müssen.

Für die Verwendung von chemischen Stoffen, die als besonders besorgniserregend gelten, wird eine spezielle Genehmigung erforderlich sein. Dies betrifft jene Stoffe, die Krebs oder Schädigungen des genetischen Materials hervorrufen und / oder die Fortpflanzung schädigen (CMR's). Hierunter fallen auch Stoffe, die auf natürlichem Wege nicht abgebaut werden können, die sich im menschlichen und tierischen Körper anreichern (PBT's) und diejenigen, die das Hormonsystem beeinträchtigen. REACH sorgt dafür, dass binnen elf Jahren nach In-Kraft-Treten die wichtigsten 30.000 der 100.000 Altstoffe, die vorher nicht auf ihre Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit getestet wurden, systematisch durchleuchtet werden sollen.

### **Nachhaltiger Umweltschutz**

REACH ist ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in der EU und kann sich zu einer wirkungsvollen Maßnahme zum besseren Schutz von Mensch und Umwelt vor schädlichen und gesundheitsgefährdenden Chemikalien entwickeln.

Wird eine starke neue Chemikalienverordnung umgesetzt, könnten in Zukunft gefährliche Chemikalien früher erkannt und gar nicht erst zugelassen, bzw. schnell vom Markt genommen werden. Davon wird auch die Umwelt profitieren, denn die Belastung durch langlebige Schadstoffe, die sich in der Umwelt anreichern, kann reduziert werden. Die einheitliche Erfassung und die damit einhergehende größere Transparenz von Informationen fördern zudem die Erforschung der Umweltgefahren. So kann verhindert werden, dass sich (gefährliche) Chemikalien in Grund- und Oberflächenwasser, Boden, Luft, Pflanzen und Tieren anreichern und das Ökosystem Erde gefährden.

Die europäischen Grünen und die europäischen Umweltverbände unterstützen REACH, verschweigen aber nicht, dass der Verordnungsentwurf in einigen Punkten verbessert werden muss, um wirkungsvoll greifen zu können. Zu den geforderten Verbesserungen gehört u.a. die Einführung einer allgemeinen Sorgfaltspflicht für Hersteller und Verwender von Chemikalien. Ferner müsse Substitution verpflichtend sein, d.h. Besorgnis erregende Chemikalien dürfen nicht zugelassen werden, wenn ihr Gebrauch nicht von zwingender gesellschaftlicher Notwendigkeit oder sicherere Alternativen vorhanden sind. Nur so kann von REACH ein klares Signal ausgehen, welche Chemikalien weniger oder gar nicht mehr auf dem Markt zugelassen werden sollten.

Andernfalls würden vollkommen akzeptable Alternativen außer Acht gelassen und von möglichen Anwendern ferngehalten, und VerbraucherInnen wären nach wie vor nicht hinzunehmenden Risiken ausgesetzt.

- Die Registrierung muss die Lücke bei den Sicherheitsinformationen schließen. Ausreichende Informationen wie Tests zur biologischen Abbaubarkeit oder Expositionsabschätzungen sind notwendig, um Chemikalien einzustufen und für weitere Maßnahmen priorisieren zu können.
- Eine Qualitätssicherung für die von der Industrie gelieferten Sicherheitsinformationen ist unumgänglich. REACH gibt der Industrie die einzigartige Chance, die Verantwortung für die Chemikaliensicherheit selbst zu übernehmen. Dies ist jedoch nur im Zusammenhang mit einer ausreichenden Qualitätssicherung und einer offiziellen Qualitätskontrolle sinnvoll. Die Qualitätssicherung für sämtliche Registrierungsdossiers sollte deshalb von einem unabhängigen Dritten oder einer zertifizierten Organisation übernommen werden.
- Chemikalien in importierten Produkten müssen dieselben Teststandards durchlaufen wie die in der EU produzierten Artikel.
- Informationen müssen für die Öffentlichkeit ausreichend zugänglich sein, und zwar sowohl die Anwender von Chemikalien, die den Markt nach besseren Alternativen absuchen wie die Verbraucher, die sich über gefährliche Substanzen in Produkten, die sie kaufen möchten.

Der Grundgedanke von REACH ist, Menschen, Tiere und die Umwelt besser vor schädlichen Chemikalien geschützt werden. Deshalb muss die chemische Industrie die Unbedenklichkeit ihrer Stoffe nachweisen - erst dann darf weiter vermarktet werden.

### **Besserer Verbraucherschutz**

REACH kann erheblich zu einem besseren Schutz der Gesundheit der Menschen beitragen. Als Folge könnte Europa viele Milliarden Euro Krankheitskosten sparen. Auf diese Weise würden auch die Lohnnebenkosten sinken. Davon würden nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Unternehmen profitieren. So schätzt der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU), dass innerhalb der Europäischen Union allein durch Allergien jährlich ca. 29 Milliarden Euro Kosten entstehen. Hinzu kommt das Leid der Betroffenen und ihrer Familien. Insofern ist es kein Wunder, wenn der SRU bilanziert: „Bei allen Unsicherheiten hinsichtlich der Abschätzung von Kosten und Nutzen deuten neuere Analysen darauf hin, dass bereits der Nutzen für die menschliche Gesundheit die Kosten übersteigt. Schäden der Tier- und Pflanzenwelt, die bisher monetär nicht erfasst werden, sind dem hinzuzurechnen.“

Zudem generiert die Verordnung eine Fülle von Daten und damit eine enorme Wissensmenge, die zu Gunsten des Verbraucherschutzes genutzt werden können. So können den VerbraucherInnen wichtige Informationen vermittelt werden, die ihnen die Wahlfreiheit beim Einkaufen sichern und den Schutz vor gesundheitsgefährdenden Stoffen in Alltagsprodukten ermöglichen. REACH trägt damit zur Verwirklichung eines verbraucherschutzrechtlichen Mindeststandards bei.

### **Beitrag zum Arbeitsschutz**

REACH ist ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Arbeitnehmer vor gefährlichen Stoffen in unterschiedlichsten Wirtschaftszweigen. Die europäischen Gewerkschaften im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) - der 60 Millionen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Europa repräsentiert - rechnen damit, dass hier REACH zu spürbaren Verbesserungen beitragen kann, durch

- Zurverfügungstellung fehlender Informationen der Stoffeigenschaften;
- Zugang der Öffentlichkeit zu Sicherheitsdaten chemischer Stoffe im Rahmen des Rechts auf Information;
- wirkungsvollen Informationsfluss an die Weiterverarbeiter zur Bekämpfung von Berufskrankheiten;
- Förderung des Austausches der gefährlichsten chemischen Stoffe gegen weniger gefährliche Stoffe mit dem Ziel der Risikosenkung.

Schon früh haben sich die Gewerkschaften in die Debatte um REACH eingebracht und europaweit eine gemeinsame Position zu REACH vertreten. Der DGB fordert zur Realisierung einer besseren Chemikalienpolitik u.a. eine besondere Aufmerksamkeit für die bestehenden Richtlinien zu Gesundheits- und Arbeitsschutz und der aus dem REACH-System resultierenden Verpflichtungen, um eine Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes der ArbeitnehmerInnen, die den chemischen Produkten ausgesetzt sind, sicherzustellen. Denn die Kosten von Gesundheitsschäden der anerkannten Berufskrankheiten im Bereich des stoffbezogenen Arbeitsschutzes übersteigen die für REACH prognostizierten Gesamtkosten um ein Vielfaches. Die Bundesanstalt für Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz rechnet in Deutschland mit Kosten in Höhe von etwa 5,7 Milliarden Euro im Bereich der Gefahrstoffe, dies sind hochgerechnet rund 28,7 Milliarden Euro an Gesundheitsschäden pro Jahr in Europa. Zum Vergleich: die Europäische Kommission schätzt, dass der chemischen Industrie in Europa durch REACH ca. 2,3 Milliarden Euro Kosten entstehen, verteilt auf elf Jahre. Auf das einzelne Jahr gerechnet, sind dies weniger als 0,1% des jährlichen Umsatzes der Chemiebranche.

### **Chance für tierversuchsfreie Testmethoden**

REACH zielt auch auf die Förderung und Etablierung von tierversuchsfreien Testmethoden ab. Tierschutzorganisationen unterstützen die REACH-Zielsetzung, kritisieren jedoch die gegenwärtige Fassung, nach der durch REACH Millionen Tiere zu Versuchszwecken genutzt werden würden. Der Kommissionsvorschlag habe es versäumt, grundlegende Themenbereiche anzusprechen wie die ausnahmslose obligatorische Bereitstellung und Weitergabe aller vorhandenen Tierdaten, eine Strategie und Fördermittel für die Entwicklung und die Anwendung von alternativen Testmethoden, die Einreichung von Testvorschlägen für alle Tierversuche sowie die Nicht-Berücksichtigung von Kosmetikingredienten in REACH.

Um zu vermeiden, dass der Kommissionsentwurf ein groß angelegtes Programm von Chemikaliendaten an Tieren nach sich zieht, welche nicht unbedingt die für den Schutz der menschlichen Gesundheit und Umwelt erforderlichen Informationen hervorbringen, ist dringend eine flexible und schrittweise angelegte Versuchsstrategie notwendig, um schon bestehende Informationen zu einer gewissen Substanz im Voraus zu ermitteln und falls möglich zu extrapolieren sowie verwertbare Daten durch die Verwendung von tierversuchsfreien Testmethoden zusammenzutragen. Die Verordnung sollte ausdrücklich eine Verpflichtung zur Erhöhung der Mittel und Anstrengungen der Kommission, Mitgliedsstaaten und Industrie zum Vorantreiben der Entwicklung, Bewertung und Anerkennung tierversuchsfreier Testmethoden enthalten. Durch REACH sollten Fördermittel verfügbar gemacht werden, indem ein Teil der Registrierungsgebühr von chemischen Substanzen für die Entwicklung von alternativen Testmethoden bereitgestellt wird. Gefordert wird in diesem Zusammenhang die Intensivierung und Weiterverfolgung der laufenden Forschungsarbeiten zu In vitro – Testmethoden, um diese in das Testsystem einbinden zu können.

Mehrfachversuche sind zu vermeiden - etwa durch die obligatorische Bereitstellung und gemeinsame Nutzung aller vorhandenen Tierversuchsdaten sowie aller weiteren einschlägigen Daten mit strengen Anforderungen sowie Umsetzungs- und Durchsetzungsmaßnahmen. REACH müsse verbieten, Informationsmaterial zu Tierversuchen oder andere Informationen, die Tierversuche vermeiden würden, nicht bereitzustellen und nicht weiterzugeben. Jeder Antragsteller, der verweigert, Daten bereitzustellen und weiterzugeben, solle seine Substanz nicht registrieren dürfen - die Weitergabe von Tierdaten muss eine Grundvoraussetzung der Registrierung sein.

### **Innovationsanreize für die Wirtschaft**

Nicht nur die VerbraucherInnen und die Umwelt profitieren von einem starken Europäischen Chemikalienrecht, sondern auch die Wirtschaft. Denn die geplante Verordnung birgt ein enormes Innovationspotenzial. Die Erfahrung zeigt, dass Unternehmen auf klare Richtlinien bisher immer mit neuen und innovativen Entwicklungen reagiert haben. So führt auch ein starkes REACH dazu, dass gefährliche Stoffe durch weniger riskante

Substanzen ersetzt werden. Dies macht Alltagsprodukte sicherer und stärkt das Vertrauen der Verbraucher in die Unternehmen. Dies wiederum fördert das Konsumverhalten. Hinzu kommt: Europa könnte mit sicheren Chemieprodukten internationale Standards setzen, sich zu einem der Marktführer für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte entwickeln und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken. Auf diese Weise würden bestehende Arbeitsplätze gesichert und eventuell sogar neue Jobs geschaffen.

Viele Unternehmen, die Verbrauchsgüter herstellen, haben diese Vorteile erkannt. Sie sind inzwischen an die Öffentlichkeit getreten, um ein starkes REACH zu fordern. Neben EuroCommerce, dem Dachverband des Einzel-, Groß- und Außenhandel in Europa, gehören hierzu H&M, Boots/Marks & Spencer, Volvo, Elektrolux.

## **Worauf kommt es an?**

**Verbraucherpolitische Flagge zeigen:** Die Verbraucherpolitik ist zum grünen Markenzeichen geworden. Nach einer aktuellen Forsa-Umfrage ist dies nach der Umweltkompetenz der Grund, warum uns die BürgerInnen wählen. Mit unserer Kampagne zeigen wir, dass wir Bündnisgrüne DIE VerbraucherInnenpartei sind.

**Sensibilisieren:** Wir wollen die VerbraucherInnen für die Bedeutung dieses Themas sensibilisieren. Wir wollen ihnen verdeutlichen, dass ein neues starkes Europäisches Chemikalienrecht wichtig ist. Dass es ihren Alltag, ihre Gesundheit und den Schutz ihrer Kinder betrifft. Denn Chemikalien finden sich in nahezu allen Produkten, die wir täglich nutzen. Die Folge: In Testpersonen lässt sich oft ein ganzer Giftcocktail nachweisen. So fand der WWF im Sommer 2004 im Blut von freiwilligen Testpersonen insgesamt 104 verschiedene chemische Stoffe. Auch die eigene Erfahrung und Teilnahme an dieser Aktion hat gezeigt: Es gibt keinen Schutz durch bewusste Lebensführung. Der Mensch wird zwangsläufig zur „Sondermülldeponie“. Dabei spielt es keine Rolle, ob wir auf dem Land oder in der Stadt wohnen. Die Gefahr der Belastung ist in allen Fällen gleich. Besonders bedenklich: Kinder können mit mehr Chemikalien und höheren Werten belastet sein als ihre Eltern und Großeltern. Dies gilt selbst dann, wenn sie diesen Substanzen sehr viel kürzer ausgesetzt waren als die Erwachsenen. Der Niederländische Gesundheitsrat bezeichnet dieses Phänomen inzwischen als eines der größten Probleme bei Chemikalien. Hinzu kommt, dass viele Schäden erst dann sichtbar werden, wenn Kinder in die Pubertät oder ins Erwachsenenalter kommen. Dementsprechend mahnen im „Pariser Appell“ mehr als 70 Wissenschaftler, darunter Nobelpreisträger: „Die Umweltbelastung durch Chemikalien stellt eine ernsthafte Bedrohung für Kinder und das Überleben der Menschen dar.“

**Informieren:** Mit unseren Aktionen und der Gestaltung des Infostandes wollen wir den VerbraucherInnen vor Augenführen, wie wichtig REACH ist. Jeder und jede sind täglich 24 Stunden Chemikalien ausgesetzt: Vom Duschgel am Morgen bis zu den möglichen Ausdünstungen der Schlafzimmerelemente und der Bettenimprägnierung. Wir wollen darüber informieren, wie gefährlich unser derzeitiges Unwissen über Chemikalien in Alltagsprodukten ist. Viele Stoffe wirken wie Hormone, können Krebs erregen, Allergien hervorrufen, das Nervensystem schädigen oder in sonstiger Weise unsere Gesundheit gefährden. So leidet inzwischen in Europa jedes siebte Kind an Asthma – vermutlich ausgelöst durch Chemikalien. Seit 20 Jahren wächst bei Kindern die Krebsrate stetig um fast ein Prozent jährlich. Niederländische Wissenschaftler sind überzeugt: Der Anstieg von Leukämie- und Lymphdrüsenkrebs bei Kindern ist ebenso ein Produkt der Chemischen Industrie wie nichttropfende Farbe. Mehrere internationale Studien bestätigen: Bestimmte Stoffe können negativ auf die Intelligenz von Kindern wirken. Zudem vermuten Wissenschaftler, dass Chemikalien eine Rolle spielen, wenn Kinder unter Verhaltensstörungen, wie etwa das Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADS) oder Autismus, leiden.

Besonders beängstigend sind die Zunahme von Zweigeschlechtlichkeit, Hodenhochstand und anderen Missbildungen an Fortpflanzungsorganen bei Neugeborenen sowie die sehr frühe Geschlechtsreife bei Kindern. Nirgendwo auf der Welt gibt es so viele Mädchen, bei denen sich im Alter von weniger als acht Jahren die Brust entwickelt, als in Puerto Rico. Untersuchungen zeigen: Diese Kinder sind bis zu sechsmal höher mit Phthalaten belastet als Mädchen, die unter keiner frühen Brustentwicklung leiden. Weiterhin ergeben verschiedene Studien, dass bei europäischen, US-amerikanischen und australischen Männern die Spermiedichte um durchschnittlich 50 Prozent zurückgeht. Mehr als 15 Prozent aller Paare in Europa sind inzwischen unfruchtbar. Hormonell wirkende Chemikalien gelten dafür als mitverantwortlich.

**Motivieren:** Wir wollen mit der Kampagne erreichen, dass sich die VerbraucherInnen für ein starkes Europäisches Chemikalienrecht einsetzen und dafür politischen Rückenwind geben. Wir wollen auch Unternehmen motivieren, sich dafür einzusetzen. Denn von einer anspruchsvollen REACH-Verordnung profitiert auch die Wirtschaft. Viele Unternehmen, die Verbrauchsgüter herstellen, wie der Moderie H&M oder der Autohersteller Volvo, haben diese Vorteile inzwischen erkannt und fordern ein starkes Europäisches Chemikalienrecht.

**Zeitplan:** REACH ist ein lohnendes Kampagnenthema. Und auch über den Gesetzgebungsprozeß hinaus. Viele der Aktionen, wie die Musteranträge für PVC-freie Kommunen, sind jederzeit nutzbar.

## **Unsere Forderungen**

**Wir brauchen ein starkes Europäisches Chemikalienrecht, das uns und unsere Kinder vor schleichender Vergiftung schützt. Aus diesem Grunde muss REACH folgende Prinzipien konsequent umsetzen:**

- **Hersteller und Importeure müssen nachweisen, dass ihre Produkte sicher sind.**
- **Gefährliche Stoffe dürfen nicht zugelassen werden, wenn weniger risikoreiche Alternativen zur Verfügung stehen.**
- **Die Bewertung, ob ein Stoff gefährlich ist, muss sich an der Gesundheit von Kindern orientieren. Denn unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.**
- **Stärkung des Rechts der Öffentlichkeit auf Informationen. Denn VerbraucherInnen haben das Recht, über Schadstoffe und Risiken informiert zu werden.**
- **Verpflichtung zur gemeinsamen Nutzung von Daten aus Tierversuchen und die Veröffentlichung der Ergebnisse. Es sollten Testmethoden ohne Verwendung von Tieren angewandt werden**

## 1.1. Gastbeitrag für die Frankfurter Rundschau

### Wenn die Chemie nicht mehr stimmt

#### Die EU plant ein neues Gesetz, die Industrie setzt sich zur Wehr und die Grünen warnen vor einem faulen Kompromiss

Bei der Reform des Europäischen Chemikalienrechts (REACH) steht die Politik vor einer klaren Alternative: Entscheidet man zu Gunsten der langfristigen Sicherung von Gesundheit und Umwelt oder kurzfristiger finanzieller Interessen der chemischen Industrie?

Die Bedeutung der Entscheidung liegt auf der Hand: Chemikalien sind in allen Gegenständen, die wir täglich nutzen – in Matratzen, Textilien, Zahnpasta, Möbeln, Kinderspielsachen, Computer, Tapeten, Farben, Teppichböden, Autos etc. enthalten. Von 1930 bis heute stieg die weltweite Chemikalienproduktion von einer auf 500 Mio. Tonnen jährlich – mit enormen Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt. Die Weltbank schätzt, dass Agrarchemikalien und Chemikalien aus diffusen Quellen etwa 0,6 bis 2,5 Prozent aller Allergien, Haut-, Krebs- und Asthmaerkrankungen verursachen. Umweltmediziner gehen davon aus, dass in Deutschland 30% der Bevölkerung an umweltbedingten Krankheiten leidet, zwischen 4 und 9% sogar an schwerwiegenden Symptomen. Bei Krebs werden 75% der Erkrankungen direkt oder indirekt auf schädliche Umwelteinflüsse zurückgeführt - einer von zwei Krebsfällen wird mit Chemikalien in Verbindung gebracht. Krebs ist bei Kindern inzwischen die zweithäufigste Todesursache, die Zahl der Brustkrebserkrankungen hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Heute sterben mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch schleichende Chemikalienvergiftung als durch Arbeitsunfälle. Im Gewebe eines Europäers lassen sich bis zu 300 synthetische Substanzen nachweisen. Viele dieser Stoffe reichern sich im menschlichen Körper an; selbst bei bewusster Lebensweise können sich Menschen kaum vor Chemikalien schützen. Dementsprechend mahnen im „Pariser Appell“ mehr als 70 Wissenschaftler, darunter Nobelpreisträger: „Die Umweltbelastung durch Chemikalien stellt eine ernsthafte Bedrohung für Kinder und das Überleben der Menschen dar.“ REACH ist ein Versuch, dieser Gefahr zu begegnen.

Innerhalb der Europäischen Union sind derzeit rund 100 000 Chemikalien in Listen erfasst. Bei rund 95 000 dieser Stoffe ist größtenteils unbekannt, wie sie auf den menschlichen Körper wirken. Bezogen auf die Gesamtmenge der Chemikalien, die jedes Jahr in der EU vermarktet wird, haben etwa 97 Prozent dieser Stoffe nie ein offizielles Anmeldeverfahren durchlaufen. Von den 30 000 relevanten Chemikalien sind bislang nur etwas mehr als ein Siebtel darauf geprüft, wie sie auf Mensch und Umwelt wirken. Gerade Haushaltsgegenstände, Textilien oder Spielzeug sind ein Großversuch an Mensch, Tier und Umwelt.

Hauptursache dieses Wissensdefizits ist die geltende EG-Rechtslage. Diese unterscheidet zwischen so genannten Alt- und Neustoffen. Altstoffe sind Substanzen, die bereits im September 1981 auf dem Markt waren. Die so genannten Neustoffe kamen erst danach in den Verkehr. Absurderweise entscheidet somit ein 24 Jahre altes Stichtatum über Umfang und Anforderungen an Information und Prüfung – und nicht das potentielle Risiko für Mensch und Umwelt.

Zwar wurde mit der EG-Altstoffverordnung ein Programm zum Risikomanagement von Altstoffen eingeführt. Das Problem bei diesem Verfahren ist jedoch, dass die Hauptakteure die Behörden sind, das Wissen zu den Stoffen aber bei der Industrie liegt. Als Folge sind die Verfahren zur Risikoabschätzung extrem langwierig. So wurden bislang – in immerhin 24 Jahren – erst 65 Altstoffe auf ihre gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen geprüft. Beim derzeitigen Tempo würde es noch rund 1000 Jahre dauern, bis auch nur für die 4000 problematischsten Altstoffe Risikoabschätzungen vorlägen, so der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem Umweltgutachten 2002.

Der derzeitige Zustand ist unhaltbar, dieser Blindflug und die Unwissenheit darf nicht festgeschrieben werden. Niemand würde verstehen, wenn alle Autos, die vor 1981 auf den Markt kamen, nicht durch den TÜV müssten. Keiner würde in ein Auto steigen, ohne sich zu vergewissern, dass die Bremsen funktionieren. Die befürchtete Höllenfahrt ist Abschreckung genug. Im Umgang mit chemischen Produkten liegt die erzwungene Toleranzgrenze für die Verbraucher jedoch weit höher: alltagtäglich kommen sie mit Stoffen in Kontakt, über deren Wirkungen oft nichts bekannt ist.

Der Fall Asbest zeigt, dass oft viele Jahre vergehen, bis nachgewiesen wird, ob ein Stoff giftig ist. Weitere Beispiele sind DDT, dem nicht nur schädliche Insekten, sondern auch Vögel zum Opfer fielen; Fluorkohlenwasserstoffe, die das Ozonloch verursachen; Weichmacher in Kunststoffen, die fortpflanzungsschädigend sind und bei Mensch und Tier den Hormonhaushalt beeinträchtigen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Die Europäische Umweltagentur hat in dem Buch „Späte Lehren aus frühen Warnungen“ zahlreiche Fälle aufgearbeitet. Sie alle machen deutlich: Auch für Chemikalien muss endlich das Vorsorgeprinzip gelten.

Im Oktober 2003 legte die Europäische Kommission den Entwurf für eine „Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien“ (REACH) vor. Dieser Vorschlag sieht vor, künftig alle Substanzen – egal ob Alt- oder Neustoffe – einem mehrstufigen Verfahren zu unterwerfen. Sollte die Verordnung in Kraft treten, müssen erstens alle Stoffe ab einer Jahrestonne Produktion von Herstellern und Importeuren registriert werden; dabei gilt das Prinzip „keine Daten, kein Markt“. Zweitens sind Stoffe ab 100 Jahrestonnen Produktion zu bewerten, also die von den Unternehmen zur Registrierung eingereichten Daten und Informationen zu prüfen. Drittens schließlich müssen Stoffe mit Krebs erregenden, Erbgut verändernden oder die Fortpflanzung schädigenden Eigenschaften sowie Stoffe, die persistent, bio-akkumulierend und toxisch sind, autorisiert werden, wenn sie weiterhin verwendet werden sollen.

Die Vorteile von REACH liegen auf der Hand: Risiken sollen minimiert, und dem Vorsorgeprinzip soll Rechnung getragen werden. Es schafft Anreize, gefährliche Stoffe durch weniger gefährliche zu substituieren. REACH wäre ein Gewinn für alle – nicht nur Umwelt und Verbraucher profitieren, sondern auch die Unternehmen, denn die Verordnung wirkt wie ein TÜV für Chemikalien: Es verleiht den Unternehmen quasi Rechtssicherheit und schützt sie davor, im Nachhinein für Schäden zu haften. Außerdem erhöhen Kennzeichnung und Transparenz bei den Produkten das Vertrauen der Verbraucher. Viele Unternehmen, die Konsumgüter herstellen, haben diese Vorteile bereits erkannt. So traten Volvo, H&M, Boots/Marks & Spencer, Elektrolux und andere Anfang 2005 an die Öffentlichkeit, um ein starkes Europäisches Chemikalienrecht zu fordern.

Die neue Verordnung soll zudem 40 EG-Richtlinien und zwei Verordnungen ersetzen, die derzeit den Umgang mit chemischen Stoffen regeln – ein klares Signal für weniger Bürokratie. Durch mehr Information und Transparenz können sich Verbraucher und Unternehmen ferner bewusst und gezielt für oder gegen bestimmte Stoffe in Produkten entscheiden.

Das geltende EG-Recht ist lückenhaft und ungerecht. Es behandelt neue Stoffe strenger als Altsubstanzen. Diese Ungleichbehandlung verhindert Innovationen: Wenn alte Chemikalien rechtlich lockerer gehandhabt werden, fehlen schlicht Substitutionsanreize. Mit der Verabschiedung von REACH würden dieses Defizit beseitigt, indem alte und neue Stoffe gleich behandelt und so Innovation und Wettbewerb gefördert würden. Europäische Unternehmen könnten dadurch zum Vorreiter werden und sich mit ökologischen Innovationen Standortvorteile im internationalen Wettbewerb verschaffen.

Im Auftrag des Umweltbundesamtes untersuchten das Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung und das Institut für Ökologie und Politik den praktischen Nutzen und die Probleme der Unternehmen bei der Umsetzung von REACH. Ihr Ergebnis: Durch REACH bekämen sichere Produkte bessere Marktchancen, da die Lieferanten in allen Wirtschaftsregionen der Welt gezwungen werden, ihre Produktsicherheit zu optimieren. Zwar enthält der momentane Entwurf hierzu noch keine zureichenden Bestimmungen, aber das Europäische Parlament sollte nicht davor zurückschrecken, neue globale Sicherheitsstandards zum Schutz von Bürgern und Umwelt zu setzen.

Trotz dieser eindeutigen Vorteile führt die Chemieindustrie eine brachiale Kampagne gegen REACH. Unter Hinweis auf die Kosten versucht sie, die Verordnung zu verwässern – obwohl die EU-Kommission davon ausgeht, dass der Chemischen Industrie in Europa lediglich Kosten von weniger als 0,1 Prozent des jährlichen Umsatzes entstehen. Pro Kopf würde REACH pro Einwohner und Jahr auf 11 Jahre gerechnet 48 Cent kosten. Zudem können durch REACH in den nächsten 30 Jahren Krankheitskosten von schätzungsweise mehr als 50 Mrd. Euro eingespart werden. Die Kosten sind minimal im Vergleich zu den sozio-ökonomischen Kostenersparnissen.

REACH soll einen Paradigmenwechsel schaffen und endlich Produzentenverantwortung gewährleisten. Herzstück von REACH ist daher die Umkehr der Beweislast. Nicht Behörden oder Konsumenten müssen die Gefährlichkeit der Produkte nachweisen, sondern Unternehmen die Unbedenklichkeit ihrer Produkte.

Die Chemieindustrie verfolgt dagegen weiter ihr Ziel, Informationsanforderungen für Chemikalien zu minimieren und bürokratische Anforderungen zu maximieren, um damit die Reform so zu überladen, dass das System nicht mehr funktioniert.

In ihrer Kampagne spielt die Groß-Chemieindustrie auch den Schutzpatron der kleinen und mittleren Unternehmen. Doch gerade die kleineren und mittleren Unternehmen würden von der Verordnung profitieren. Sie leiden besonders unter dem unübersichtlichen EG-Recht. Hinzu kommt: Nach REACH müssen Hersteller und Importeure für ihre Stoffe Expositionsbewertungen vorlegen und für alle Lebenszyklusstufen sichere Anwendungen definieren. Beides ist Voraussetzung für fortgesetzte Vermarktung. Dadurch entsteht ein hoher Anreiz, die Sicherheit zu verbessern. Davon profitieren nach Ansicht des Umweltbundesamtes vor allem kleine und mittlere Stoffanwender.

Die Chemieindustrie will schließlich auch, dass geringvolumige Stoffe, die meist kleine und mittlere Unternehmen verwenden, weitergehend untersucht werden als in der neuen Verordnung vorgesehen. Im Gegenzug soll der Prüfaufwand bei Stoffen, die in großen Mengen auf den Markt kommen, reduziert werden. Die Folgen dieser Taktik sind offensichtlich: Kleine und mittlere Unternehmen würden belastet, Großhersteller dagegen entlastet. Für Verwender von Vorprodukten stiege der Prüfaufwand. Das bedeutet: Prüflasten und Verantwortung würden von den Herstellern auf die – oft mittelständischen – Anwender verlagert.

Immerhin ist inzwischen die Behauptung vom Tisch, REACH ruiniere die Industrie. Die Studie der KPMG Business Advisory Services, die im Auftrag europäischer Industrieverbände entstand, stellt klar: Es drohen nur geringe Kostenerhöhungen. Im Zuge der Verordnung würden keine Marktanteile verloren gehen und kaum Firmen ins Ausland abwandern. Die wahren Motive für die Kampagne dürften deshalb woanders liegen. „Keine Daten, kein Markt“, lautet der Kern von REACH. „Ohne Daten keine Klagen“, scheint dagegen die Chemieindustrie zu hoffen.

Der federführende Unterausschuss des Europäischen Parlaments hat sich mit deutlicher Mehrheit hinter REACH gestellt. Aber inzwischen liegen Kompromisse zur Abstimmung vor, die eine deutliche Verschlechterung bedeuten in Bezug auf die Datenforderungen. Diese sollen nicht nur für 90% der niedrigvolumigen Substanzen

drastisch reduzieren werden, sondern auch für die mittel- und hochvolumige Substanzen. Und schon allein die Reduzierung der Datenanforderung für die chemische Industrie im niedrigvolumigen Bereich bedeutet, dass von ursprünglich 30.000 vorgesehenen Substanzen nur noch 12.000 übrig bleiben.

Sehr spannend wird die Abstimmung um die Frage der Zulassung von Hochgefahrenstoffen. Nach dem vorliegenden Kompromiss steht hier sogar ein Rückfall hinter den *acquis* zu befürchten. Denn er würde ermöglichen, gefährliche Stoffe wie krebserregende Substanzen, die nach der alten Rechtsprechung verboten werden konnten, trotz ungefährlicherer Alternativen zu vermarkten und zwar aufgrund der "Beschwichtigungsformel" adäquate Kontrolle.

Es wäre ein Trauerspiel, wenn sich das Plenum am Donnerstag in der Abstimmung als verlängerter Arm der chemischen Industrie entpuppt. Die Europäische Union steht vor dem Lackmustest, ob sie nur eine Gemeinschaft für Wirtschafts- oder auch für Umwelt- und Gesundheitsinteressen darstellt.

*Gastbeitrag von Hiltrud Breyer erschienen in der Frankfurter Rundschau vom 16.11.2005*

## 1.2. Pariser Appell - Internationale Erklärung zu Gesundheitsgefahren durch Chemikalien

Den Zusammenhang von chemischer Verschmutzung und Krebs, Unfruchtbarkeit sowie angeborenen Krankheiten betonen 76 WissenschaftlerInnen, darunter Nobelpreisträger, in dem im Mai 2004 in Paris veröffentlichten Appell. Die Deklaration kann von jedem und jeder im Internet unterzeichnet werden.

### PARISER APPELL

#### Internationale Erklärung zu Gesundheitsgefahren durch Chemikalien

Angesichts dieser Betrachtungen und in der vollen Überzeugung bezüglich der Dringlichkeit und der Ernsthaftigkeit der aktuellen Situation, erklären wir, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, Ärzte und Ärztinnen, Jurist und Juristinnen, Ethiker und Ethikerinnen sowie Bürger und Bürgerinnen, dass:

**Artikel 1: Die Entstehung zahlreicher, heute häufig auftretender Erkrankungen ist die Folge einer Verschlechterung der Umweltbedingungen.**

**Artikel 2: Die Umweltbelastung durch Chemikalien stellt eine ernsthafte Bedrohung für Kinder und das Überleben der Menschen dar.**

**Artikel 3: Da unsere eigene Gesundheit, die unserer Kinder und die zukünftiger Generationen bedroht ist, ist die menschliche Rasse selbst in Gefahr.**

Wir fordern von nationalen Entscheidungsträger, Europäischen Behörden, internationalen Organisationen und insbesondere von den Vereinten Nationen (UNO), die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

Maßnahme 1: Verbot aller Substanzen, die von international anerkannten wissenschaftlichen Behörden und Organisationen als für den Menschen sicher oder wahrscheinlich als krebserregend, erbgutschädigend oder fortpflanzungsschädigend eingestuft wurden und die Anwendung des Substitutionsprinzip für diese Substanzen.

Maßnahme 2: Anwendung des Vorsorgeprinzips auf alle Chemikalien, die, unabhängig von ihren in Maßnahme 1 (vergl. §9 und §13) dargelegten toxischen Eigenschaften, aufgrund ihrer persistenten, bioakkumulativen und toxischen (PBT) oder sehr persistenten und sehr bioakkumulativen (vPvB) Eigenschaften, eine große Gefahr für die Gesundheit des Menschen und anderer Arten sowie der Umwelt darstellen, ohne auf den endgültigen Beweis durch eine epidemiologische Beziehung zu warten. Nur so ist es möglich, gravierenden und/oder irreversiblen Gesundheits- und Umweltschäden zu vorzuzukommen oder sie zu vermeiden.

Maßnahme 3: Einführung von Programmen mit festgelegten Fristen und evaluierbaren Zielen, die, basierend auf dem Vorsorgeprinzip, die Eliminierung oder streng regulierte Verringerung von Schadstoffemissionen sowie die Nutzung vermarkteter Chemikalien, z.B. Pestizide, gemäß der in Schweden, Dänemark und Norwegen eingeführten Anwendungsbeschränkungen, zur Folge haben.

Maßnahme 4: Aufforderung eines jeden Staates, angesichts der massiven Bedrohung der gesamten Menschheit, von jedem öffentlichen oder privaten Unternehmen zu verlangen, die Verantwortung für die Konsequenzen seines Handelns oder Nicht-Handelns zu übernehmen. Falls dieses nicht in der Verantwortung des Staates steht, muss eine internationale Gerichtsbarkeit eingeschaltet werden.

Maßnahme 5: Umsetzung konsequenter nationaler Maßnahmen zur Senkung von Treibhausgasemissionen wegen der globalen Erwärmung und des Klimawandels, ohne auf eine vorherige Umsetzung des Kyoto-Protokolls zu warten.

Maßnahme 6: Stärkung der Europäischen REACH-Reform (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien), die einen beispiellosen und längst überfälligen, auf dem Vorsorgeprinzip basierenden Gesetzentwurf zur Regulierung von Industriechemikalien darstellt, und die durch den starken Widerstand der europäischen und US-amerikanischen chemischen Industrie bereits geschwächt wurde.

Quelle: <http://www.artac.info/> Hier ist auch die umfassende Deklaration mit Präambel und wissenschaftlichen Erläuterungen einzusehen.

## 2. Grundlagen: REACH im Gesetzgebungsprozess

### 2.1. Aufbau der REACH-Verordnung

#### Aufbau der REACH-Verordnung

##### **BAND I**

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (Reach), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und der Verordnung (EG) [über persistente organische Schadstoffe]

Der REACH-Verordnungstext ist in 14 "Titel" gegliedert, die wiederum in Kapitel unterteilt sind.

Titel I Allgemeines

Titel II Registrierung von Stoffen

Titel III Gemeinsame Nutzung von Daten und Vermeidung unnötiger Tierversuche

Titel IV Informationen in der Lieferkette

Titel V Nachgeschaltete Anwender

Titel VI Bewertung von Stoffen

Titel VII Zulassung

Titel VIII Beschränkungen für Herstellung, Inverkehrbringen und Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe und Zubereitungen

Titel IX Die Agentur

Titel X Einstufungs- und Kennzeichnungsverzeichnis

Titel XI Informationen

Titel XII Zuständige Behörden

Titel XIII Vollzug

Titel XIV Übergangs- und Schlussbestimmungen

- Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates und ihrer Anpassung an die "REACH-Verordnung"

##### **BAND II**

Anhang I Allgemeine Bestimmungen für die Stoffsicherheitsbeurteilung und die Erstellung von Stoffsicherheitsberichten

Anhang II Ausnahmen von der Registrierungspflicht nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a)

Anhang III Stoffe, die nach Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b) von der Registrierungspflicht ausgenommen sind

Anhang IV Nach Artikel 9 erforderliche Angaben Leitlinien zur Erfüllung der Anforderungen der Anhänge IV bis IX

Anhang V Basisangaben für Stoffe, die in Mengen von 1 Tonne oder mehr hergestellt oder eingeführt werden

Anhang VI Zusätzliche Basisangaben für Stoffe, die in Mengen von 10 Tonnen oder mehr hergestellt oder eingeführt werden

Anhang VII Zusätzliche Basisangaben für Stoffe, die in Mengen von 100 Tonnen oder mehr hergestellt oder eingeführt werden

Anhang VIII Zusätzliche Basisangaben für Stoffe, die in Mengen von 1 000 Tonnen oder mehr hergestellt oder eingeführt werden

Anhang IX Allgemeine Bestimmungen für Abweichungen von den Standard-Prüfprogrammen der Anhänge V bis VIII

##### **BAND III**

Anhang X Testmethoden Teil A

##### **BAND IV**

Anhang X Testmethoden Teil B

##### **BAND V**

Anhang X Testmethoden Teil C

##### **BAND VI**

Anhang XI Allgemeine Bestimmungen für nachgeschaltete Anwender zur Bewertung von Stoffen und die Erstellung von Stoffsicherheitsberichten (CSR)

Anhang XII Kriterien für die Identifizierung persistenter, bioakkumulierbarer und toxischer Stoffe und sehr persistenter und sehr bioakkumulierbarer Stoffe

Anhang XIII Verzeichnis der zulassungspflichtigen Stoffe

Anhang XIV Dossiers

Anhang XV Sozio-ökonomische Analyse

Anhang XVI Beschränkungen der Herstellung, des Inverkehrbringens und der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe, Zubereitungen und Erzeugnisse

Anhang XVII Persistente organische Schadstoffe (POP)

Quelle: Grüne Europafraktion, [www.greens-efa.org](http://www.greens-efa.org)

## 2.2. Chronologie der REACH-Etappen

Datum	Vorgang	Dokument im Internet
29.10.03	Annahme des Verordnungsentwurfes durch die Kommission Federführung: Generaldirektion Unternehmen, mitverantwortlich: Generaldirektion Umwelt Obligatorische Anhörung: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) Außerdem an: Ausschuss der Regionen (AdR) Adressaten: Europäischer [Minister-]Rat (Rat) und Europäisches Parlament (EP)	<a href="http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2003/act0644de04/1.pdf">www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2003/act0644de04/1.pdf</a>
03.11.03	Übermittlung des Vorschlags an Rat und EP	
10.11.03 2539.	Tagung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung) in Brüssel ("Entwurf von Rechtsvorschriften für chemische Erzeugnisse - Öffentliche Aussprache")	<a href="http://www.europa.eu.int/rapid">www.europa.eu.int/rapid</a> (Reference: PRES/03/316 )
Nov. 03	Bildung einer Ad-Hoc-Arbeitsgruppe "Chemische Stoffe" im Rat	
22.12.03	Tagung des Umweltministerrates in Brüssel ("Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) - Öffentliche Aussprache")	<a href="http://www.europa.eu.int/rapid">www.europa.eu.int/rapid</a> (Reference: PRES/03/376 )
02.03.04	Bericht/Interinstitutionelles Dossier des Vorsitzes an den Rat (in den Formationen Wettbewerb und Umwelt)	<a href="http://register.consilium.eu.int/pdf/de/04/st06/st06200.de04.pdf">http://register.consilium.eu.int/pdf/de/04/st06/st06200.de04.pdf</a>
31.03.04	Stellungnahme des EWSA	<a href="http://eescopinions.esc.eu.int/eescopiniondocument.aspx?language=de&amp;docnr=524&amp;year=2004">http://eescopinions.esc.eu.int/eescopiniondocument.aspx?language=de&amp;docnr=524&amp;year=2004</a>
17.05.04	Tagung des Rates "Wettbewerbsfähigkeit" (REACH - Orientierungsaussprache über Registrierung, Sorgfaltspflicht und das Europäische Amt für chemische Stoffe, um eine politische Ausrichtung für die weiteren Arbeiten zu geben)	<a href="http://www.europa.eu.int/rapid">www.europa.eu.int/rapid</a> (Reference: PRES/04/140)
28.06.04	2593. Tagung des Rates "Umwelt" in Luxemburg (Grundsatzdebatte über REACH; Ziel: politische Leitlinien für weitere Arbeit künftiger Ratsvorsitze)	<a href="http://www.europa.eu.int/rapid">www.europa.eu.int/rapid</a> (Reference: PRES/04/203)
25.-27. 10.04	Workshop über Folgenabschätzungen zum REACH-System ("The Impact of REACH")	<a href="http://www.umweltbundesamt.at/umweltschutz/chemikalien/reach/entwicklungen/oktober2004/">www.umweltbundesamt.at/umweltschutz/chemikalien/reach/entwicklungen/oktober2004/</a>
25./26. 11.04	2624. Tagung des Rates "Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie und Forschung)" in Brüssel (Orientierungsaussprache zu REACH und zur Schaffung eines Europäischen Amtes für chemische Stoffe)	<a href="http://www.europa.eu.int/rapid">www.europa.eu.int/rapid</a> (Reference: PRES/04/323)
20.12.04	2602. Tagung des Rates "Umwelt" in Brüssel (Orientierungsaussprache zu REACH und zur Schaffung eines Europäischen Amtes für chemische Stoffe, Festlegung allgemeiner Leitlinien)	<a href="http://www.europa.eu.int/rapid">www.europa.eu.int/rapid</a> (Reference: PRES/04/3)
23.02.05	Stellungnahme Ausschuss der Regionen	<a href="http://coropinions.cor.eu.int/coropiniondocument.aspx?language=de&amp;docnr=238&amp;year=2004">http://coropinions.cor.eu.int/coropiniondocument.aspx?language=de&amp;docnr=238&amp;year=2004</a>
10./11. 05.05	Workshop zu REACH in Luxemburg	<a href="http://www.eu2005.lu/en/actualites/communiqués/2005/05/12reach-cdp/">www.eu2005.lu/en/actualites/communiqués/2005/05/12reach-cdp/</a>
06.06.05	2665. Tagung des Rates "Wettbewerbsfähigkeit"	<a href="http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/intm/85251.pdf">http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/intm/85251.pdf</a>
24.06.05	2670. Tagung des Rates "Umwelt"	<a href="http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/envir/85575.pdf">http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/envir/85575.pdf</a>
05.09.05*	Abstimmung im Binnenmarktausschuss des EP	
13.09.05*	Abstimmung im Industrieausschuss des EP	
04.10.05	Abstimmung im Umweltausschuss des EP	<a href="http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PUBREF=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2005-0315+0+DOC+PDF+V0//DE&amp;L=DE&amp;LEVEL=0&amp;NAV=S&amp;LSTDOC=Y">http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PUBREF=-//EP//NONSGML+REPORT+A6-2005-0315+0+DOC+PDF+V0//DE&amp;L=DE&amp;LEVEL=0&amp;NAV=S&amp;LSTDOC=Y</a>
17.11.05	Abstimmung im Plenum des EP	<a href="http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PUBREF=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2005-0434+0+DOC+XML+V0//DE&amp;L=DE&amp;LEVEL=0&amp;NAV=S&amp;LSTDOC=Y&amp;LSTDOC=N">http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PUBREF=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2005-0434+0+DOC+XML+V0//DE&amp;L=DE&amp;LEVEL=0&amp;NAV=S&amp;LSTDOC=Y&amp;LSTDOC=N</a>
13.12.05	Abstimmung im Wettbewerbsrat	<a href="http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/intm/87791.pdf">http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/intm/87791.pdf</a>

Quelle: DNR EU-Rundschreiben Sonderheft 06/07.05, S. 7, ergänzt. Sowie zum aktuellen Stand des Verfahrens: [www.europa.eu.int/prelex/detail\\_dossier\\_real.cfm?CL=de&DosId=186450](http://www.europa.eu.int/prelex/detail_dossier_real.cfm?CL=de&DosId=186450)

### 2.3. Vergleich der Plenarabstimmung mit bestehender Gesetzgebung

	Existing legislation	Compromise on registration
<b>New substances</b>	as of 10 kg, data requirements increase with tonnage (for >1 tonne, Annex VI is required!)	--- strong deregulation (less substances (only as of 1 tonne), less tests (Annex V +2 tests))
<b>Exemptions for Research&amp; Development</b>	exemption from registration for 2 + 2 years, excluding general public	--- strong deregulation, exemption from registration for 5 + 10 years, possibility for including general public in R&D, unlimited R&D with restricted substances
<b>Equal treatment new and existing substances</b>	no	++ for around 40% of the substances under REACH (10% of 1-10 tonnes = 2000, plus >10 tonnes = 10,000 = 12,000 out of 30,000)
<b>Burden of proof for existing substances</b>	on authorities	+/- on industry, except for key tests due to waiving based on adequate control (authorities will have to demand missing tests under evaluation!!)
<b>Data 1- 10 tonnes</b>	none	++ for 10% of the substances full minimum data (Annex V+2 tests) in 11 years, for 90% of the substances available information in 11 years
<b>Data 10-1000 tonnes</b>	available information (very limited set), no testing obligation	++ Annex V + VI (and testing proposals Annex VII for >100 t), although with many loopholes
<b>Data &gt;1000 tonnes</b>	available information (base set), no testing obligation	++ Annex V + VI, and testing proposals Annex VII+VIII for >100 t), although with many loopholes
<b>Data for priority substances &gt;1000 tonnes</b>	full risk assessment (takes about 3-5 years)	- as above, but lengthy process (3 years for registration, up to 2 years for deciding on testing proposals, no deadline for giving the additional tests => can be 5 years and more)
<b>Non-animal testing</b>	alternative testing where possible, mandatory sharing of animal test data	+/- procedural improvements, reference to toxicogenomics as another alternative method, but no direct replacement of animal tests in testing requirements
<b>One-Substance, one-registration (OSOR)</b>	not applicable	-- problematic opt-outs making it difficult for SMEs
<b>SME manufacturers</b>	same requirements as other companies	-- will face difficulties (opt-outs from one-substance one-registration, extension of data property rights (10 to 15 years), sharing of registration not in relation to volume
<b>SME downstream users</b>		--- producers can shift responsibility to downstream users via broad use and exposure categories (this will weaken the exposure assessment to the extent that downstream user cannot confidently decide whether their use falls within the exposure scenario)
<b>Data Confidentiality on substance properties</b>	not confidential	- non-confidentiality undermined by opt-out clause in OSOR due to confidentiality
<b>Scope</b>	waste phase to be considered as part of assessment of chemicals	-- waste phase might be excluded from safety assessment
<b>Member State responsibility</b>	can take national action (difficult, though), which then triggers EU action on existing substances	--- MS have basically no more right of national initiative and no more responsibility for substance evaluation
<b>EP co-decision</b>	for all revisions of current legislation and for all restrictions	--- no more EP co-decision, everything in comitology
<b>Agency</b>	not existing	--- completely overloaded, and additional funding not all clear, hereby putting the whole new system at risk
<b>SMEs</b>	have national competent authority to communicate with	- with the shift of many competences to the agency, SMEs will find it more difficult to communicate
<b>Substances in articles - treatment import articles vs. EU manufactured articles</b>	equal treatment import and EU manufactured articles regarding restricted substances	-- unequal treatment of import articles and EU manufactured goods (less strict for import articles, as only notification of substances of very high concern, no knowledge about other hazardous substances)
<b>Dangerous substances in articles</b>	no information	+++ notification of substances of very high concern in articles, giving an incentive to substitute
<b>Consumer information</b>	Only for substances as such and in preparations, nothing on articles	++/- obligation on producers to give information on substances in articles, but current labeling scheme for preparations risks to be undermined
<b>Duty of Care</b>	none	+++ obligation on producers/importers to ensure safe use of all their chemicals
<b>Authorisation</b>	none	+++++ mandatory substitution if safer alternatives are available, review after 5 years, candidate list
<b>Harmonised classification and labeling</b>	all toxicological properties	-- limited to CMR and respiratory sensitizers

Labeling: +++ bis --- = subjektive Bewertung durch die Grünen / EFA. Quelle: [www.greens-efa.org](http://www.greens-efa.org)

## **2.4. Zeitplan**

### Voraussichtlicher Zeitplan:

*(abhängig von der Annahme des Gemeinsamen Standpunkts durch den Rat Ende Juni)*

Ankündigung der Gemeinsamen Position im Plenum des Europäischen Parlaments: Juli 2006

Aussprache über Empfehlungsentwurf im Umweltausschuss: 12./13. Juli 2006

Frist für Änderungsanträge im Umweltausschuss: 30. August 2006

Aussprache über die Änderungsanträge im Umweltausschuss: 13./14. September 2006

Abstimmung im Umweltausschuss: 3./4. Oktober 2006

Abstimmung im Plenum: 23.-26. Oktober 2006

### 3. Grüne Positionen

#### 3.1. BDK-Beschluss "Neues Chemikalienrecht für Europa"

#### **23. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz**

**Beschluss 2./3. Oktober 2004, Kiel, Ostseehalle**

#### **Neues Chemikalienrecht für Europa**

Unser heutiges Leben ist ohne Chemikalien kaum mehr vorstellbar. Wir ziehen vielfachen Nutzen aus ihnen. Gleichzeitig sind wir ihnen praktisch überall ausgesetzt, in normalen Haushaltsgegenständen (wie z.B. in Spielsachen, elektrischen und elektronischen Geräten, Kleidung oder Möbeln), in unseren Nahrungsmitteln, in der Umwelt. Einen wahren Nutzen ziehen wir aber nur aus diesen Chemikalien, wenn ihre Verwendung ohne Gefahr für Mensch und Umwelt ist.

Bei der Großzahl der bis zu 100.000 Chemikalien auf dem europäischen Markt sind ihre Eigenschaften und Verwendungen kaum bekannt. Gleichzeitig sind die Gesundheitsgefahren bei einer Vielzahl der bestehenden chemischen Stoffe zum Teil erheblich. Immer mehr Studien kommen zu erschreckenden Ergebnissen: Chemikalien können die Intelligenz unserer Kinder beeinträchtigen, Frühreife bewirken, die Fortpflanzung beeinträchtigen und zur Entstehung bestimmter Krebsarten, Asthma sowie Allergien beitragen. Dies ist ein Großversuch an Mensch, Tier und Umwelt. Das bestehende europäische Chemikalienrecht hat es nicht geschafft, Verbraucher, Arbeitnehmer und die Umwelt vorsorglich und nachhaltig vor gefährlichen Stoffen zu schützen. Ein neues Chemikalienrecht ist dringend notwendig.

Im Oktober 2003 hat die Europäische Kommission nach über fünfjähriger Diskussion einen Vorschlag für eine Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und der Verordnung (EG) über persistente organische Schadstoffe vorgelegt. Die Verordnung ist bekannt unter dem Kürzel "REACH". Dieser Vorschlag ist ein erster, wichtiger Schritt in Richtung zukunftsfähige Chemikalienpolitik.

Für ca. 30.000 Altstoffe soll künftig eine Registrierung vorgeschrieben werden. So sollen Unternehmen, die chemische Stoffe in Mengen von mehr als einer Tonne pro Jahr herstellen oder importieren, diese Stoffe in einer zentralen Datenbank registrieren lassen. Damit einher geht die Verpflichtung, die mit ihrer Verwendung verbundenen Risiken zu bewerten und Maßnahmen zur Beherrschung der von ihnen erkannten Risiken zu treffen. Auf diese Weise würde die Pflicht zur Gewährleistung der Sicherheit beim Umgang mit Chemikalien vom Staat auf die Wirtschaft verlagert. Insgesamt soll die geplante Verordnung sieben bestehende Richtlinien und Verordnungen ersetzen.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit setzt sich innerhalb der Bundesregierung und auch auf europäischer Ebene im Ministerrat aktiv und konstruktiv für REACH ein. Wir begrüßen das Engagement der Grünen auf Landes-, Bundes- und Europaebene.

#### **Der Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird aufgefordert,**

1. die konstruktive Weiterentwicklung der Reformvorhaben in der Bundesregierung und der Öffentlichkeit zu stärken,
2. die gesamte Bundesregierung dazu zu bewegen, mit gutem Beispiel voranzugehen und die Verordnung im Rat zu unterstützen sowie sich für eine neue, zukunftsfähige Chemikalienpolitik einzusetzen,
3. sich für eine strikte Kontrolle der Freisetzung von krebserregenden, erbgut- oder fortpflanzungsschädigenden Stoffe sowie für ein Verbot von persistenten, bio-akkumulierenden und toxischen Stoffen einzusetzen,
4. darauf hinzuwirken, dass die Gesundheitsinteressen und das Vorsorgeprinzip in den Vordergrund gestellt werden, damit von Verbraucherprodukten (Zubereitungen wie Erzeugnissen) aufgrund ihrer chemischen Zusammensetzung keine Gesundheitsgefahren ausgehen,
5. dafür zu sorgen, dass die Zulassung von chemischen Substanzen generell stärker mit dem Substitutionsprinzip verbunden wird,
6. sich für die Kennzeichnung von chemikalienhaltigen Verbraucherartikeln einzusetzen, um die Information der VerbraucherInnen zu gewährleisten,
7. sich mit aller Kraft darum zu bemühen, dass bei der Risikobewertung die Gesundheit von Kindern als Referenzwert berücksichtigt wird,
8. all ihre Einflussmöglichkeiten wahrzunehmen, damit Tierversuche vermieden und tierversuchsfreie Testmethoden ausgebaut werden,
9. für Lösungsvorschläge einzutreten, die es ermöglichen, dass in die EU zu importierende Konsumgüter dem gleichen Sicherheitsstandard entsprechen, wie in der EU produzierte,
10. sich für Vereinfachungsstrategien, wie z.B. "ein Stoff, eine Registrierung", einzusetzen, um dadurch - unter vollständiger Wahrung der Ziele der Reform - die Kosten zu senken und die Wirtschaft mit einzubeziehen.

### 3.2. Zehn Punkte zu REACH von der Grünen Europafraktion



The Greens | European Free Alliance  
in the European Parliament

## Zehn grüne Punkte zu REACH-Plus der Grünen Europafraktion

### 1. Substitution besonders besorgniserregender Stoffe, wenn Alternativen zur Verfügung stehen

Die Verwendung von Chemikalien, die besonders besorgniserregend sind, darf nicht zugelassen werden, wenn ihre Verwendung nicht für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung ist oder wenn sicherere Alternativen zur Verfügung stehen. Zulassungen müssen befristet sein.

### 2. Ausdehnung der Zulassungsverfahren auf weitere Stoffe

Starke Haut- und Inhalationsallergene sowie chronisch toxische Stoffe sollten in die Gruppe von Stoffen aufgenommen werden, die besonders besorgniserregend sind und für die eine Zulassung vorgeschrieben ist.

### 3. Gewährleistung der Sicherheit aller Erzeugnisse, einschließlich der Importerzeugnisse

Die sichere Verwendung chemischer Stoffe muss für alle Erzeugnisse gewährleistet sein, ungeachtet dessen, ob sie in der EU hergestellt oder eingeführt wurden. Die Verwendung besonders besorgniserregender Stoffe sollte bei Erzeugnissen untersagt werden, sobald sicherere Alternativen zur Verfügung stehen.

### 4. Stärkung des Rechts der Öffentlichkeit auf Informationen

Der Zugang der Öffentlichkeit zu Informationen über die Verwendung von Chemikalien muss mit REACH verbessert und nicht beschränkt werden. Das Wissen der Öffentlichkeit über Chemikalien ermöglicht es ihr sowie Dritten, diese Stoffe selbst zu beurteilen, sie mit Alternativen zu vergleichen und die Kaufentscheidung in Kenntnis der Sachlage zu treffen. Der Name des Registrierungspflichtigen, Mengenkategorien und Informationen über die Exposition dürfen nicht vertraulich sein. Sicherheitsdatenblätter müssen die gesamte Verarbeitungskette bis hin zum Endnutzer begleiten. Die Öffentlichkeit ist über die Verwendung gefährlicher Chemikalien in Erzeugnissen zu informieren.

### 5. Testmethoden ohne Verwendung von Tieren

Die gemeinsame Nutzung von Daten aus Tierversuchen und die Veröffentlichung der Ergebnisse müssen auf jeden Fall obligatorisch werden, es sollten Testmethoden ohne Verwendung von Tieren angewandt werden, und es sind Finanzmittel zur Entwicklung weiterer Testmethoden ohne Tiere erforderlich. Alle Tierversuchsvorhaben sollten einer öffentlichen und einer Sachverständigenprüfung unterzogen werden. Die Agentur sollte einen strategischen Überblick über den Ersatz von Tierversuchen erstellen.

### 6. Einführung einer ausdrücklichen Sorgfaltspflicht für die Industrie bei allen Chemikalien

REACH deckt nur 30 000 von möglicherweise 100 000 existierenden Stoffen ab. Wir dürfen die restlichen Chemikalien nicht ignorieren. Die Industrie sollte zu der Mitteilung verpflichtet werden, dass ihr die erforderlichen Sicherheitsdaten vorliegen, aus denen hervorgeht, dass bei der vorgesehenen Verwendung ihrer Chemikalien die menschliche Gesundheit und die Umwelt nicht geschädigt werden.

### 7. Registrierung besonders besorgniserregender Stoffe zuerst

Um besonders besorgniserregende Stoffe sollte man sich so schnell wie möglich kümmern. Persistente und bioakkumulierbare Stoffe müssen ebenfalls zu den Stoffen gehören, die in der ersten Phase zu registrieren sind.

### 8. Vereinfachung der Registrierung durch die Regel „Ein Stoff, eine Registrierung“

Um doppelte Arbeit zu vermeiden und Kosten zu senken, sollte die Industrie zur Zusammenarbeit dahingehend verpflichtet werden, dass jeder Stoff nur einmal registriert wird.

### 9. Mehr erforderliche Mindestdaten

Aufgrund der erforderlichen Mindestdaten muss es möglich sein, die wichtigsten Bedenken auszuräumen. Für Stoffe, die in einer Menge von einer bis zehn Tonnen pro Jahr produziert werden, sowie isolierte Zwischenprodukte muss eine ordnungsgemäße Sicherheitsbeurteilung vorliegen (einschließlich Informationen über biologische Abbaubarkeit, akute Toxizität (nicht bei Tieren) und Exposition).

### 10. Einführung von Qualitätskontrollen, einer Mindestzahl von Bewertungen der Registrierungs dossiers und klaren Sanktionen

Die Industrie wird für die Sicherheitsbeurteilungen der Stoffe, die sie herstellt, verantwortlich sein. Diese Sicherheitsbeurteilungen beinhalten subjektive Bewertungen. Da die Industrie ein kommerzielles Interesse am Verkauf ihrer Chemikalien hat, ist ein System zur Qualitätssicherung und Kontrolle einzuführen. Die Qualität der Daten muss durch einen unabhängigen Dritten geprüft werden. Eine bestimmte Mindestzahl aller Registrierungs dossiers ist zu bewerten. Findet auf Herstellerseite keine Überprüfung der Datenqualität statt, so sind klare Sanktionen erforderlich, um dem Grundsatz „Keine Daten, kein Markt“ volle Geltung zu verschaffen. Wird festgestellt, dass die Registrierungsdaten unzureichend sind, sollte die Registrierungsnummer entzogen werden, es sei denn, die Datenanforderungen werden binnen kurzer Zeit erfüllt. Wird festgestellt, dass die Sicherheitsbeurteilung voreingenommen ist, sollten restriktive Maßnahmen ergriffen werden.

Quelle: Grüne Europafraktion, [www.greens-efa.org](http://www.greens-efa.org)

## Pressemitteilung

Brüssel, 5. Oktober 2005

### Umweltausschuss rückt Chemikaliengesetzgebung wieder ins Gleichgewicht

*Zur gestrigen Abstimmung des Europaparlaments zur neuen Chemikaliengesetzgebung REACH erklärt die Europaabgeordnete Hiltrud Breyer MdEP (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied im Umweltausschuss:*

**Der Umweltausschuss hat in seiner Abstimmung bei den Schlüsselpunkten der REACH-Verordnung ein sehr gutes Resultat erzielt. Die Verordnung ist nicht ausgehöhlt sondern in wesentlichen Punkten wie der Zulassung gestärkt worden.** Der Bericht des federführenden Ausschusses ist ausgewogen und zukunftsweisend. **Das Ergebnis der gestrigen Abstimmung im Umweltausschuss bedeutet kräftigen Rückenwind und ein klares Votum für ein stärkeres REACH.** Der Umweltausschuss hat den Stellungnahmen der Ausschüsse Binnenmarkt und Industrie eine deutliche Abfuhr erteilt. **Die Attacken der Chemieindustrie sind ins Leere gelaufen.**

Der Umweltausschuss unterstützt höhere Datenanforderungen bei der Registrierung von niedertonnagigen Stoffen und verschärft massiv die Zulassungsbedingungen. Nur wenn keine besseren Alternativen, eine adäquate Kontrolle gewährleistet und der sozioökonomische Nutzen größer als das Risiko ist, gibt es für Hochrisikostoffe eine Zulassung. Hochgefährstoffe in Verbraucherartikeln müssen sofort gelabelt werden.

Es ist zu begrüßen, dass es gelungen ist, größeren Zugang zu Informationen für Umwelt und Verbraucherschützer zu erreichen. Durch bessere Produktinformationen kaufen die Verbraucher nicht länger "die Katze im Sack". Der Gebrauch von krebserregenden, erbgutverändernden und fortpflanzungsschädigenden Stoffen in Verbraucherartikeln ist nicht länger hinnehmbar. Wissen ist Macht - und die Anmeldeanforderungen für diese Stoffe in Verbraucherartikeln wird einen Anreiz für deren Substitution schaffen. Besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Kinder und Kranke werden deutlich definiert, um das spezielle Schutzbedürfnis deutlich zu machen.

Die Abstimmung ist auch ein Erfolg für die große Mehrheit der KMU's, die keine Chemikalien produzieren sondern als nachgeschaltete Anwender Vorteile von REACH durch besseren Zugang zu Sicherheitsinformationen haben.

Trotzdem ist bedauerlich, dass eine Mehrheit der Abgeordneten noch immer die gefährlichen Stoffe in importierten Produkten ignoriert. Dies untergräbt das notwendige Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und der Umwelt und bringt EU-Produzenten im Vergleich zu Importeuren in eine schwierige Position. Dies werden wir in der Plenumsitzung versuchen noch zu ändern.

Auf Initiative der Grünen hat sich der Umweltausschuss auch stark gemacht für den Tierschutz: Der verpflichtende Austausch von vorhandenen Daten aus Tierversuchen und die Entwicklung von Alternativmethoden ist ein klares Signal, grausame, überholte und wissenschaftlich fragwürdige Tierversuche endlich zu ersetzen.

Nach dem Votum des Umweltausschuss bleibt das Herzstück der Verordnung, die Beweislastumkehr, erhalten. Auch nach erfolgreichem Votum im Plenum wäre damit der Weg geebnet für einen "TÜV für Chemikalien". Damit unterstützt der Umweltausschuss die klaren rechtlichen Vorgaben der EU-Kommission und korrigiert die einseitige Industriefreundliche Abstimmung des Binnenmarkt- sowie des Industrieausschusses. **Die Abstimmung ist ein Etappensieg. Es schafft Optimismus für ein positives Abstimmungsergebnis auch in der Plenarsitzung, die für den 16. November 2005 geplant ist. Es ist auch ein klares Signal an Rat und Kommission, die Verordnung nicht zu verwässern.**

# Pressemitteilung

Strasbourg / Brüssel, 17. November 2005

## Chemieabstimmung mit Schatten und Licht

*Zur heutigen Abstimmung des Europaparlaments zur neuen Chemikalienpolitik REACH erklärt die Europaabgeordnete und Umweltpolitikerin Hiltrud Breyer MdEP (Bündnis 90/ Die Grünen):*

**Das Abstimmungsergebnis ist besser als erwartet. Ein großer Lichtblick für Umwelt- und Verbraucherschutz ist die gewonnene Abstimmung bei der verpflichtenden Substitution. Es wäre ein Meilenstein für den Gesundheitsschutz, wenn gefährliche Chemikalien, die Krebs erregen, Erbgut verändern und Föten schädigen, künftig verpflichtend ersetzt werden müssten. Die Umsetzung dieses Konzept des Vorsorgeprinzips wäre ein Erfolg.** Es wäre auch von Vorteil für die Industrie, da Innovationsanreize geschaffen werden und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit steigert.

Positiv für den Verbraucher ist auch die Verpflichtung für die Unternehmen, künftig über gefährliche Stoffe zu informieren, sei es im Bodenbelag oder in der Jacke. Dies ist eine deutliche Verbesserung für Konsumenten, die sich bisher aufgrund fehlender Informationen nicht gegen gefährliche Chemikalien schützen konnten.

REACH ist jedoch auch löchrig wie ein Schweizer Käse geworden. Die vielen Schlupflöcher und Ausnahmen könnten möglicherweise zur Gefahr für eine effektive und erfolgreiche Umsetzung der verpflichtenden Substitution werden. **Die REACH-Abstimmung ist nun vergleichbar mit einem scheinbar schönen Auto, das jedoch möglicherweise gar nicht oder nur stotternd in Fahrt kommt, aufgrund der mangelhaften Qualität des Treibstoffs in Form von unzureichenden Sicherheitsdaten.**

**Das Parlament hat bei der Registrierung einen deutlichen Kniefall vor der Chemieindustrie gemacht. Dabei ist das Registrierungsverfahren die Voraussetzung für ein effektives Zulassungssystem. Die großen Fraktionen im Europäischen Parlament haben die Anforderungen für die Registrierung massiv torpediert. Das Grundprinzip von REACH, wer keine Daten liefert, bekommt keine Vermarktung, wurde ausgehöhlt.** Es wird zu einer drastischen Reduzierung bei Anforderung und Zahl der Tests kommen. So gut wie keine Datenforderungen soll es für 70-90% der Substanzen mit einer Produktion von 1-10 Jahrestonnen geben. Diese Verschlechterung bei den Registrierungsanforderungen erschwert die Identifizierung von für Gesundheit und Umwelt gefährlichen Stoffen. Sogar in großen Mengen produzierte Stoffe könnten nicht mehr als krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsschädigend erkannt werden. Dies erschwert es nicht nur, ein Gefahrenpotential zu erkennen, sondern auch die Einsatzfähigkeit als Ersatzstoff für Risikostoffen.

**Es ist unglaublich, dass sich das Europäische Parlament in der Frage der Registrierung derartig offensichtlich von der künftigen großen Koalition in Deutschland in Geiselnahme hat nehmen lassen.** Das Herzstück von REACH - die Beweislastumkehr - wurde ausgehöhlt.

REACH läuft Gefahr, nur ein Haus mit einem schönen Dach, oder wackeligem Erdgeschoss zu werden.

**Der Rat ist aufgefordert, das verabschiedete Substitutionsprinzip aufzunehmen, denn ohne die Zulassung wäre die Chemiereform gescheitert und ein völliges Desaster.**

## Pressemitteilung

Strasbourg / Brüssel, 13. Dezember 2005

### Verwässerung von REACH Politische Einigung im Rat

*Zur heutigen politischen Einigung des EU-Wettbewerbsrates zur neuen Chemikalienpolitik REACH erklärt die Europaabgeordnete und Umweltpolitikerin Hiltrud Breyer MdEP (Bündnis 90/Die Grünen):*

**Es ist eine Verdummung der Öffentlichkeit, wenn Umweltminister Gabriel von der Chemikalienverordnung als einem "guten Kompromiss" spricht. Die Einigung des Wettbewerbsrates ist ein eindeutiger Kniefall vor der chemischen Industrie, Umwelt- und Verbraucherinteressen bleiben auf der Strecke. REACH ist ganz klar abgeschwächt worden. Der Rat hat die meisten der schlechten Vorschläge des Parlaments übernommen und gleichzeitig die guten ignoriert. Diese Verwässerung von REACH ist ein verbraucher- und umweltpolitisches Desaster.** Datenanforderungen wurden über die Bank weg reduziert, vor allem für Stoffe zwischen 1 und 10 Jahrestonnen. Die Zulassung wurde nur für wenige Stoffe gestärkt, Verbraucherinformationen bleiben mangelhaft und eine geeignete Sorgfaltspflicht ist vollständig vom Tisch gefallen. Damit wird das Ungleichgewicht der Gesetzgebung noch weiter verschärft zu Gunsten kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen und zu Lasten längerfristiger Überlegungen, vor allem zum Schutz von Gesundheit und Umwelt.

**Der Umweltminister streut den Menschen Sand in die Augen, indem er versucht, die heutige Einigung als "ausgewogen" zu bezeichnen. Die Bundesregierung hat sich zum Fürsprecher der Industrieinteressen gemacht - letztlich ging es ihr nur darum, kurzfristig Kosten für die Industrie einzusparen. Die sehr viel größeren Kostenersparnisse für die ganze Gesellschaft wurden ignoriert.**

Die Grundvoraussetzung für ein effektives REACH ist eine gute Datenbasis über die Eigenschaften und Verwendungen von Chemikalien. Durch die drastische Reduzierung der Anzahl der niedrigvolumigen Chemikalien, von denen Daten vorgelegt werden müssen wurde dies ausgehöhlt. Und es steht zu befürchten, dass die Datenbasis noch weiter geschwächt wird durch undemokratische zukünftige Hinterzimmerentscheidungen über Testausnahmen für hochvolumigere Stoffe. **Der Rat hat der Chemieindustrie ein großes Weihnachtsgeschenk gemacht - und den Bürgern und Bürgerinnen bleibt nur die Rute.**

Es ist mehr als zweifelhaft, ob REACH in seiner heute entschiedenen Fassung zum dringend notwendigen Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt vor gefährlichen Chemikalien beiträgt. Tausende von Stoffen bleiben auf dem Markt mit so gut wie keinen Informationen über ihre Eigenschaften. Mitgliedsstaaten dürfen weiterhin Stoffe zulassen, die Krebs erregen oder die Fortpflanzung schädigen, auch wenn sicherere Alternativen vorhanden sind. Es ist zwar zu begrüßen, dass auch bei vermeintlich "adäquat kontrollierten" Hochrisikostoffen eine Prüfung der Alternativen erforderlich ist, es ist jedoch fast zynisch, dass selbst bei positiven Ergebnissen keine Konsequenzen gezogen werden müssen. Sehr viel Verantwortung wird jetzt der Agentur übertragen, aber die Finanzierung dieser zusätzlichen Aufgaben ist weiterhin völlig ungeklärt. **Ein Zusammenbruch des Systems scheint vorprogrammiert. Eine großartige Chance wurde vertan und es ist mehr als wahrscheinlich, dass wir in einigen Jahren eine weitere Revision der Chemikaliengesetzgebung brauchen, um die menschliche Gesundheit und die Umwelt vor gefährlichen Chemikalien zu schützen.**

### 3.6. Schlüsselforderungen der Grünen Europafraktion für die Zweite Lesung

## REACH key issues for second reading

### 1. General message to PSE (Socialist Group) and ALDE (Alliance of Liberals and Democrats for Europe)

Do not lend a helping hand to the PPE (Christian Democrats) to further weaken REACH- consider the whole package/balance: NO further weakening of Council text, NO to European Parliament's (EP) registration compromise of first reading, unless part of overall agreement in which there are at least as many improvements.

### 2. Meta-level demand

We want intelligent decision-making and clear legal requirements.

### 3. Key issues

#### A. Duty of Care

We need clear legal provisions, not just non-binding principles:

- YES to Duty of Care as a legal provision (keep EP - am 364 (Art. 1.3a +b))
- YES to document that the legal provision is fulfilled (keep EP - am 364 (Art. 1.3c))

#### B. Registration

In order to take the right decision, one needs to be able to assess the risk of substances. To do so, we need

a) sufficient hazard data, therefore:

- YES to three additional tests for substances 1-10 tonnes (keep Council - Annex V extended)
- NO to less comprehensive screening criteria substances 1-10 tonnes (keep Council - Annex Ic)
- NO to deleting/weakening tests from Annex VI (keep Council - Annex VI)
- NO to waiving on the basis of adequate control/risk management (keep Council - Annex VI)
- NO to R&D exemptions, in particular not allowing R&D on general public (keep Council - Art. 7)

b) sufficient exposure data (otherwise we risk to create hazard data cemeteries), therefore:

- YES to Chemical safety report as of 1 tonne (keep EP - am 110 (Art. 13.1.1))
- NO to use and exposure categories replacing actual exposure assessment (keep Council - various places)

#### C. Authorisation

The most basic element of intelligent decision-making is to

a) check the risk AND your options/alternatives, and

b) include this assessment into your decision-making. Therefore:

- NO to mandatory authorisation of "adequately controlled" substances, even if we know that safer alternatives are available (keep EP - am 214 (Art. 52) and 232 (Art. 57.2))
- YES to include substances into authorisation that are of similar concern to CMR/PBT/vPvB (keep EP - am 217 (Art. 54(f)))

#### D. Right to Know for consumers/general public

A good way to ensure the intelligence of a system is to empower consumers to make a choice. Therefore:

- YES to a general Right-to-Know for consumers on substances in articles (keep EP - am 366+166 (Art. 31a))
- NO to subjecting study summaries and parts of the safety data sheet to confidentiality claims by industry (keep EP - delete Council Art. 9a(xa), modify Art. 73(2d), reinstate Art. 116 of COM proposal)

Quelle: Grüne Europafraktion, [www.greens-efa.org](http://www.greens-efa.org) (Stand Januar 2006)

## II. Aktionsvorschläge für und mit VerbraucherInnen

### 1. Infostände

**Ort:** Fußgängerzonen, Einkaufszentren oder Marktplätze.

**Idee:** Die **Gestaltung des Standes vermittelt den VerbraucherInnen auf den ersten Blick, dass sie 24 Stunden täglich Chemikalien ausgesetzt sind.** Dass deshalb ein starkes europäisches Chemikalienrecht etwas ist, das sie direkt betrifft. Dass es somit in ihrem Interesse ist, sich dafür einzusetzen.

**Umsetzung:** **Alltagsprodukte aufstellen**, die den VerbraucherInnen – vom Zähneputzen und Duschen bis hin zum Schlafengehen – täglich begegnen und die Chemikalien enthalten. Zum Beispiel: Zahnpasta, Duschgel, Badeöl, Duftöl, Shampoo und sonstige Kosmetika, Kinderspielsachen (etwa Kunststoffpuppen, Beißringe, Quetscheenten, aufblasbares Planschbecken), Kleidung, Haushaltsreiniger, Farben, Lacke, Kleber, Filzstifte, Lebensmittel, Elektrogeräte bis hin zum Teppichboden und den Möbeln im Schlafzimmer.



Planschbecken-Aktion von Hiltrud Breyer und Claudia Hämmerling.

**Achtung: Um rechtliche Probleme zu vermeiden, die Produkte so anonymisieren, dass kein Hersteller / keine Marke mehr erkennbar ist.** Beispielsweise können Verpackungen durch Übermalen oder Überkleben anonymisiert werden. Sie sollten dann einfach nur das Produkt bezeichnen, z.B. „Badeöl“, „Shampoo“.

**Schautexte in DIN 2 oder 1 Größe aufhängen**, welche die VerbraucherInnen direkt ansprechen und die Bedeutung des Themas auch sprachlich auf den Punkt bringen. Entsprechende Mustertexte findet Ihr im nächsten Kapitel „Mustertexte“.

## 2. Aktionen am Stand und in Fußgängerzonen

- Modenschau mit Ökotextilien
- Modewettbewerb: Wer trägt das schönste Ensemble ohne Gift?
- Professionelles Schminken mit Naturkosmetika.
- Kinderschminken ohne Chemie.
- Schminkwettbewerb für Kinder.
- Hausputz und Wäschewaschen ohne Chemie: Demonstrationen am Stand.
- Malen mit Kindern mit Farben auf Naturbasis.
- Aktion: Kinder basteln mit natürlichen Stoffen (z.B. getrocknete Blüten, Blätter, Tannenzapfen, Holz, Muscheln etc.)
- Bastelwettbewerb für Kinder: Wer bastelt das schönste giffreie Geschenk?
- Eventuell: gemeinsame Aktion mit einem Umweltlabor, bei der BürgerInnen ihr Blut auf die Belastung mit Chemikalien testen lassen können (um die Höhe der Kosten zu begrenzen, eventuelles Sponsoring durch das Umweltlabor, Apotheken und andere Unternehmen/Organisationen vor Ort andenken)
- Gemeinsame Aktionen mit den Verbraucherzentralen vor Ort; z.B. individuelle Beratung von VerbraucherInnen am Stand.
- Aktionen mit UmweltmedizinerInnen, die Fragen von VerbraucherInnen beantworten.
- Flugzettel und Give-Aways wie Luftballons verteilen im Bären- oder Hasenkostüm.

### 3. Material zum Auslegen und Verteilen

- **Unterschriftenliste** für VerbraucherInnen für ein anspruchsvolles neues europäisches Chemikalienrecht, das VerbraucherInnen wirksam schützt.
- **Unterschriftenliste** an Unternehmen für ein anspruchsvolles neues europäisches Chemikalienrecht, das VerbraucherInnen wirksam schützt.
- **Diverse Hintergrund-/Themenpapiere zum Thema**, siehe Mustertexte.
- **Gift-Tour durchs Badezimmer**: Dieses Aktionsblatt könnt ihr an den Infoständen auslegen oder auch als Flyer verteilen, so dass jeder / jede sich einen Überblick über das "Giftlager im Badezimmer machen kann.
- **Karte** an den Europaparlamentarier/die Europaparlamentarierin oder auch an andere Parlamentarier aus dem Wahlkreis des Aktionsortes. Diese Karte könnt Ihr leicht und kostengünstig am PC selbst herstellen. Einen Mustertext findet Ihr im Kapitel „Mustertexte“. Ihr müsst noch den Namen der/des Abgeordneten sowie die Büroanschrift eintragen und das Ganze auf blanken Karteikarten ausdrucken.

**Als Hingucker ein Hasen- oder Bärenkostüm ausleihen** bei Hiltrud Breyer, über [hbreyer@europarl.eu.int](mailto:hbreyer@europarl.eu.int).



### 3.1. Mustertexte (DIN A 2 /1) für die Standgestaltung

#### Mustertext 1 für die Standgestaltung

##### **Wissen Sie, dass Sie an einem Großversuch teilnehmen?**

- Innerhalb der Europäischen Union sind rund 100.000 Stoffe in Listen erfasst. Bei rund 95.000 dieser Stoffe ist unbekannt, was sie genau enthalten und wie sie auf Menschen wirken.
- Bezogen auf die Gesamtmenge, die jedes Jahr in der Europäischen Union vermarktet wird, haben ca. 99 Prozent nie ein offizielles Anmeldeverfahren durchlaufen.
- Lediglich bei 3 Prozent der am häufigsten produzierten und verwendeten Stoffe ist vollständig getestet, wie sie auf Mensch und Umwelt wirken.

### **Kennen Sie die gesundheitlichen Risiken von Chemikalien?**

- Jedes siebte Kind in Europa leidet inzwischen an Asthma – vermutlich ausgelöst durch Chemikalien.
- Seit 20 Jahren wächst bei Kindern die Krebsrate stetig.
- Niederländische Wissenschaftler sind überzeugt: Der Anstieg von Leukämie- und Lymphdrüsenkrebs bei Kindern ist ebenso ein Produkt der chemischen Industrie wie nichttrocknende Farbe.
- Verschiedene Studien belegen: Bestimmte Chemikalien können sich negativ auf die Gehirnentwicklung bei Kindern auswirken.
- Wissenschaftler vermuten: Chemikalien spielen eine Rolle, wenn Kinder unter Verhaltensstörungen, wie etwa dem Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADS) oder unter Autismus leiden.
- Studien zeigen: Bei europäischen, US-amerikanischen und australischen Männern geht die Spermiedichte um durchschnittlich 50 Prozent zurück. In Europa sind inzwischen mehr als 15 Prozent der Paare unfruchtbar. Hormonell wirkende Chemikalien gelten dafür als mitverantwortlich.
- Besonders beängstigend: Die Zunahme von Zweigeschlechtlichkeit, Hodenhochstand und anderen Missbildungen an den Fortpflanzungsorganen bei Neugeborenen sowie die sehr frühe Geschlechtsreife bei Kindern.

**Sie denken, Sie sind nicht betroffen?**

- Chemikalien finden sich in nahezu allen Produkten, die Sie täglich nutzen. In den Nahrungsmitteln, die Sie essen. In der Luft, die Sie atmen.
- Die Folge: In Testpersonen lässt sich oftmals ein ganzer Giftcocktail nachweisen.
- Im Sommer 2004 fand der Umweltverband WWF im Blut von freiwilligen Testpersonen insgesamt 104 verschiedene chemische Substanzen.
- Weiteres Ergebnis der WWF-Studie: Es spielt keine Rolle, ob Sie auf dem Land oder in der Stadt wohnen. Auch eine bewusste Lebensführung kann Sie ganz nicht schützen.
- Kinder können mit mehr Chemikalien und höheren Werten belastet sein als ihre Eltern und Großeltern. Dies gilt selbst dann, wenn sie diesen Substanzen sehr viel kürzer ausgesetzt waren als die Erwachsenen.
- Im „Pariser Appell“ mahnen mehr als 70 Wissenschaftler, darunter Nobelpreisträger: „Die Umweltbelastung durch Chemikalien stellt eine ernsthafte Bedrohung für Kinder und das Überleben der Menschen dar.“

**Was wir fordern:**

Wir brauchen eine europäische Chemikalienpolitik, die uns und unsere Kinder vor schleichender Vergiftung schützt. Die geplante Verordnung zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH) ist dabei ein wichtiger Schritt, wenn folgende Prinzipien umgesetzt werden:

- Hersteller und Importeure müssen nachweisen, dass ihre Produkte sicher sind.
- Gefährliche Stoffe dürfen nicht zugelassen werden, wenn weniger risikoreiche Alternativen zur Verfügung stehen.
- Die Bewertung, ob ein Stoff gefährlich ist, muss sich an der Gesundheit von Kindern orientieren. Denn unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.
- Stärkung des Rechts der Öffentlichkeit auf Informationen. Denn VerbraucherInnen haben das Recht, über Schadstoffe und Risiken informiert zu werden.
- Verpflichtung zur gemeinsamen Nutzung von Daten aus Tierversuchen und die Veröffentlichung der Ergebnisse. Es sollten Testmethoden ohne Verwendung von Tieren angewandt werden

**Was Sie tun können – für ein starkes Europäisches Chemikalienrecht,  
das Sie und Ihre Familie vor schleichender Vergiftung schützt:**

- Mischen Sie sich ein! Sie sind der Wähler, die Wählerin! Schreiben Sie der/m Europaabgeordneten aus Ihrem Wahlkreis. Sie kennen Namen und Büroanschrift nicht? Macht nichts. Diese Informationen können Sie an unserem Stand erhalten.
- Gehen Sie in die Sprechstunde Ihrer/s Europaabgeordneten. Fragen Sie, was sie/er tut, um Sie und Ihre Familien vor gefährlichen Chemikalien zu schützen.
- Oder schreiben Sie ihr/ihm eine E-Mail. Oder schicken Sie eine der Karten, die wir am Stand für Sie bereit halten.
- Unterschreiben Sie unsere Forderungsliste, die wir bundesweit auslegen. Wir werden Sie dem Europäischen Parlament überreichen.
- Was Sie sonst noch tun können? Nutzen Sie Ihre Macht als Verbraucher. Achten Sie beim Einkauf auf die Inhaltsstoffe.
- Fragen Sie Ihren Händler, was er tut, um Sie und Ihre Familie vor schleichender Vergiftung durch Chemikalien zu schützen. Sagen Sie ihm, dass es für Sie wichtig ist, über Schadstoffe und Risiken informiert zu werden.

### 3.2. Musterfaltblatt: "Gift-Tour" durchs Badezimmer

Eindrücklich sensibilisiert diese "Gift-Tour" mit folgender Orientierungsmöglichkeit darüber, was sich alles in unseren Badezimmern befindet. Entwickelt von "Women in Europe for a Common Future WECF e.V."

<b>Gift-Tour</b>		
Schreiben Sie in einem ersten Schritt alle Kosmetik- und Pflegeartikel auf, die Sie besitzen (Seife, Shampoo, Cremes, Make-up, etc.). Im Anschluss daran untersuchen Sie anhand der folgenden Liste die Etiketten der Produkte auf schädliche Inhaltsstoffe.		
<b>Auf diese Namen achten</b>	<b>Auswirkungen</b>	<b>Tragen Sie hier Namen &amp; Marke des Produkts ein</b>
<b>AHAs - Alpha-Hydroxy Säuren</b> (oder Fruchtsäuren; inkl. Glykolsäure und Milchsäure)	- kann in die Haut eindringen - viele negative Berichte aus den USA über starke Hautreaktionen - Kann die Sensibilität gegen Sonnenlicht verstärken und daher lichtbedingte Alterung und die Gefahr vor UV-bedingtem Hautkrebs erhöhen	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>BHT</b> Butyl Hydroxy Toluene	- Konservierendes Antioxidierungsmittel - Mögliches Allergen - ist in Verbindung mit Verhaltensstörungen und Fortpflanzungsschäden gebracht worden - In Baby-Nahrung verboten	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Duftstoffe</b> (Parfüm oder Aromastoffe)	- Kann Asthmasymptome verstärken - Kann Chemikalien beinhalten, die mit Krebs-, Leber- und Nierenschäden und Schädigung des Nervensystems in Verbindung stehen	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Parabene</b> (Alkyl Parahydroxy Benzoate oder Butyl/ Mehtyl / Ethyl / Propyl / Isobutyl Paraben)	- Östrogen-Imitation - Kann in die Haut eindringen	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Phthalate</b> (Dibutyl /DBP), Di /2-Ethyl-Hexyl), (DEHP), Di-Ethyl Phthalate (DEP), Butyl Benzylphthalate (BBP))	- Risiko für schwangere Frauen und ungeborene Kinder - DBP und DEHP stehen auf der EU-Liste für verbotene Substanzen, die bis Anfang 2005 vom Markt entfernt werden - Kann den Hormonhaushalt stören und Geburtsdefekte verursachen - Steht in Verbindung mit Asthma und Allergien	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>P-Phenylendiamine</b> (PPD oder Paraphenylene-	- Steht in Verbindung mit Krebs bei ArbeiterInnen - Steht in Verbindung mit Asthma und Allergien - Kann in die Haut eindringen - Erzeugt Hautreizungen	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Dioxin</b> (5-chloro-2 (2,4-dichlorophenoxy)-phenol) oder Microban als Han-	- Bioakkumulation - reichert sich im Fettgewebe an und kann nicht richtig verarbeitet werden - Wurde in Muttermilch und Fischen entdeckt - Dioxine (krebserregend) werden bei der Herstellung, Verbrennung oder durch Kontakt zu Sonnenlicht erzeugt	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Sulfame</b> Lauryl Sulphate (Sodium Lauryl Sulfate)	- Erzeugt Reizung der Haut, Augen und Atemwege - Kann zu Schäden der Lunge, Leber und des Immunsystems führen - Andeutungen auf negative Auswirkungen auf die Fortpflanzung	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Toluene</b> (Toloul, Methylbenzene)	- Risiko von Schwangerschaftsabbruch bei Arbeiterinnen - Erzeugt Hautreizungen - Schädlich für das Zentrale Nervensystem, Augen, Blut, Leber, Nieren und die Haut	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<b>Proplene Glycol</b> (Propan-1,2-Diol)	- Feuchtigkeitsspender - Kann zu örtlicher Dermatitis führen - Steht in Verbindung mit Schädigung des Zentralen Nervensystems	----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein ----- <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein

Quelle: WECF: Frauen für eine giffreie Zukunft. Chemikalien im Alltag. 2005, S. 42, 43. Mehr Infos über : [www.wecf.org](http://www.wecf.org). Wir danken für die freundliche Genehmigung.

### 3.3. Muster-Unterschriftenliste für VerbraucherInnen

Wir fordern die Abgeordneten aller Fraktionen im Europäischen Parlament auf, sich für ein starkes Europäisches Chemikalienrecht einzusetzen, das uns und unsere Kinder vor schleichender Vergiftung schützt. Wir verlangen insbesondere, dass die geplante Verordnung zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH) folgende Prinzipien konsequent umsetzt:

- Hersteller und Importeure müssen nachweisen, dass ihre Produkte sicher sind.
- Gefährliche Stoffe dürfen nicht zugelassen werden, wenn weniger risikoreiche Alternativen zur Verfügung stehen.
- Die Bewertung, ob ein Stoff gefährlich ist, muss sich an der Gesundheit von Kindern orientieren. Denn unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.
- Chemikalienhaltige Verbrauchsartikel sind zu kennzeichnen. Denn Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht, über Schadstoffe und Risiken informiert zu werden.

Name	Adresse	Unterschrift
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		
6.		
7.		
8.		
9.		
10.		
11.		
12.		
13.		
14.		
15.		

### 3.4. Muster-Unterschriftenliste für Unternehmen

Nach einer Umfrage von Eurobarometer aus dem Jahr 2002 glauben 92 Prozent der Europäer, dass Chemikalien negativ auf ihre Gesundheit wirken. Wir Handelsunternehmen, die mit Verbraucherinnen und Verbrauchern im täglichen Kontakt stehen, können diese Zahl nicht ignorieren. Denn wir sind darauf angewiesen, dass unsere Kunden uns und unseren Produkten vertrauen. Unternehmen, die ihre Kunden vor Gesundheitsgefahren durch Chemikalien schützen wollen, haben nach derzeitigem Stand kaum eine Möglichkeit, die erforderlichen Informationen zu erhalten. Wir fordern deshalb die Abgeordneten aller Fraktionen im Europäischen Parlament auf, sich für starkes Europäisches Chemikalienrecht einzusetzen, das folgende Prinzipien erfüllt:

- Hersteller und Importeure müssen nachweisen, dass ihre Produkte sicher sind.
- Gefährliche Stoffe dürfen nicht zugelassen werden, wenn weniger risikoreiche Alternativen zur Verfügung stehen.
- Die Bewertung, ob ein Stoff gefährlich ist, muss sich an der Gesundheit von Kindern orientieren. Denn Kinder sind keine Versuchskaninchen.
- Chemikalienhaltige Verbrauchsartikel sind zu kennzeichnen. Denn wir Handelsunternehmen sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht, über Schadstoffe und Risiken informiert zu werden.

Name	Adresse	Unterschrift
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		
6.		
7.		
8.		
9.		
10.		
11.		
12.		
13.		
14.		
15.		

### 3.5. Musterkarte an EuropaparlamentarierInnen aus den Wahlkreisen

Sehr geehrte/r Frau/Herr.....,

im Oktober findet im Europäischen Parlament die erste Lesung zu REACH statt. Dabei handelt es sich aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher um das wichtigste Gesetzesvorhaben in dieser Legislaturperiode. Als Wähler/in in Ihrem Wahlkreis bitte ich Sie, sich in Ihrer Fraktion und im Parlament für ein starkes Europäisches Chemikalienrecht einzusetzen, das uns Menschen vor schleichender Vergiftung schützt. Treten Sie deshalb dafür ein, dass die künftige Verordnung folgende Prinzipien konsequent umsetzt:

- Hersteller und Importeure müssen nachweisen, dass Ihre Produkte sicher sind.
- Gefährliche Stoffe dürfen nicht zugelassen werden, wenn wenigere risikoreiche Alternativen zur Verfügung stehen.
- Die Bewertung, ob ein Stoff gefährlich ist, muss sich an der Gesundheit von Kindern orientieren. Denn unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.
- Chemikalienhaltige Verbrauchsartikel sind zu kennzeichnen. Denn wir Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht, über Schadstoffe und Risiken informiert zu werden.

Wir werden Ihre Arbeit und Europa daran messen, ob das neue Europäische Chemikalienrecht diese Prinzipien umsetzt.

Mit freundlichen Grüßen

### 3.6. Musterbrief an Unternehmen

Sehr geehrte Frau... , sehr geehrter Herr...,

mit Entsetzen musste ich feststellen, dass sich in Ihren Produkten schädliche Chemikalien befinden. Seit Jahren benutze ich Ihr Produkt..... Doch nun habe ich beim Durchlesen der Inhaltsangabe gesundheitsschädliche Inhaltsstoffe festgestellt.

Ich will keinen Chemikalien ausgesetzt sein, die sich in meinem Körper anreichern, mein Hormon-, Immun- oder Nervensystem schädigen. Das muss ein Ende haben.

Ich fordere Sie auf, schädliche Chemikalien aus ihren Produkten zu bannen (toxische, bioakkumulative und persistente). Ich werde in der Zwischenzeit sichere Produkte kaufen - meiner Gesundheit und der Umwelt zuliebe.

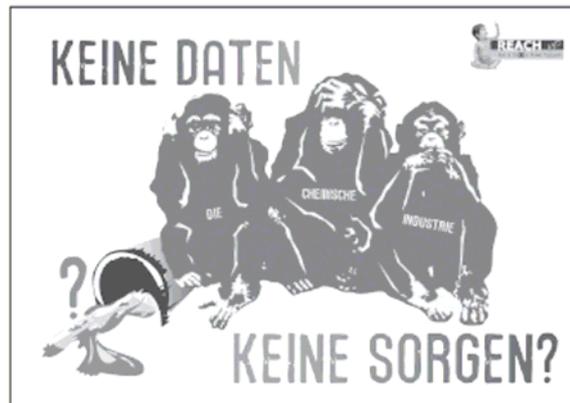
Mit freundlichen Grüßen,

Quelle: WECF: Frauen für eine giffreie Zukunft. Chemikalien im Alltag. 2005, S. 44. Mehr Infos über [www.wecf.org](http://www.wecf.org). Wir danken für die freundliche Genehmigung.

#### 4. Aktionspaket der Grünen Europafraktion

"REACH-up - For a toxic free future" ist das Motto der Kampagne der Grünen Europafraktion für eine starke Europäische Chemikalienpolitik. Sucht Ihr weitergehende Informationen oder wollt direkt mitmachen? Auf der Homepage [www.greens-efa.org](http://www.greens-efa.org) findet Ihr informative Hintergrundpapiere wie "Sind sichere Chemikalien wirklich zu teuer?", "Keine Daten, keine Sorgen?" "Chemikalien und Gesundheit am Arbeitsplatz" oder auch "Für eine giffreie Zukunft!".

Zudem hat die Fraktion die folgenden vier e-cards entworfen, die an die EuropaparlamentarierInnen mit einfachem Mausclick geschickt werden können. Gerne könnt Ihr auch an den Infoständen auf diese Kampagne verweisen.



## 5. Weitere Ideen

- Gesprächsrunden /Podiumsdiskussionen mit Umweltmedizinern, Kinderärzten und Allergologen über die besonderen Gefahren für Kinder durch Chemikalien.
- Einladen von Eltern, deren Kinder z.B. an Neurodermitis erkrankt sind oder an Allergien leiden zu Gesprächsrunden mit Umweltmedizinern.
- Sammeln von Unterschriften speziell von Unternehmen für ein anspruchsvolles europäisches Chemikalienrecht nach dem Vorbild der Kampagne „Business for stronger REACH“ des International Chemical Secretariat über <http://www.chemsec.org/>
- Pressewirksame Kennenlern- und Dankeschön-Besuche bei Unternehmen (z.B. H&M), die an die Öffentlichkeit treten und ein starkes Europäisches Chemikalienrecht fordern.
- Gesprächsrunden /Podiumsdiskussionen mit Geschäftsleuten am Stand über das Problem der mangelnden Kennzeichnung und Information zu Inhaltsstoffen sowie über die Anliegen der Unternehmen.

### **III. Kommunalpolitische Initiativen**

#### **1. Kommunale Anträge zum PVC-Verzicht**

Wir Grüne haben von Anfang an die Bestrebungen für die Einführung eines transparenten und kohärenten Registrierungs-, Bewertungs- und Zulassungssystems für Chemikalien unterstützt. Darunter sollen auch einige Rezepturen für PVC (Polyvinylchlorid) und seine Additive fallen.

Der Kunststoff PVC besteht nicht nur aus dem chlorierten Kunststoff selbst, sondern enthält zahlreiche Zusätze wie Schwermetall-Stabilisatoren und Weichmacher. Dazu zählt auch der am meisten eingesetzte Weichmacher DEHP. Da DEHP nicht chemisch an das PVC gebunden ist, tritt stetig eine gewisse Menge durch Ausgasung oder Auswaschung aus. Besonders gefährdet davon sind Schwangere, Früh- und Neugeborene, Kinder in der Pubertät, Dialysepatienten, aber auch mehrfache Bluttransfusionsempfänger. Denn Weichmacher wie DEHP wirken insbesondere auf die Entwicklung und das Fortpflanzungssystem.

Größere Mengen der hormonwirksamen und fortpflanzungsschädigenden Weichmacher können in ganz alltäglichen sowie brisanterweise auch in medizinischen Produkten auftreten. Während es Ende der 90er Jahre in fast allen deutschen Großstädten zu wesentlichen Verwendungseinschränkungen für PVC und den Rückgriff auf vorhandene Produktalternativen kam, wurden bislang erst zaghafte Schritte zum PVC-Ersatz in Krankenhäusern unternommen. So sind in ganz Europa Krankenhauspatienten noch immer unnötig den Gefahren des Weichmachers DEHP ausgesetzt. Dabei werden Alternativen in einigen Krankenhäusern in Europa und den USA bereits genutzt.

Dies sollte für uns Anlass sein, überall dort, wo wir Einfluss auf die Krankenhauspolitik nehmen können – und das ist in vielen kommunalen Parlamenten der Fall – , diesen auch massiv zu nutzen. Positivbeispiel ist das von den Wiener Grünen mitinitiierte Pilotprojekt "PVC-freies Krankenhaus", um die Vermeidung von PVC voranzutreiben. So rühmt sich inzwischen die Kinderklinik Glanzing in Wien als erste „PVC-freie“ Klinik, fast alle Medizinprodukte aus PVC seien durch gesundheits- und umweltverträglichere Materialien ersetzt worden.

Auch die Stadtratsfraktion *Bündnis 90/Die Grünen/rosa liste* in München hat mit einem Antrag vorgemacht, wie es funktionieren kann (siehe Mustertext). Unterstützen wir diese Anstöße für eine systematische Auseinandersetzung mit dem Weichmacher-Problem. Kommunale PVC-Vermeidungskampagnen tragen zu einer aktiven PVC-Substitutionspolitik bei. Machen wir den Verzicht auf PVC, Phthalate, Weichmacher, DEHP und Co. wieder zum Thema!

## 2. Mustertexte

### 2.1. Mustertext: Pilotprojekt PVC-freies Krankenhaus

Vereinbarter Text für das rot-grüne-Projekt

#### **Pilotprojekt: PVC-freies Krankenhaus**

In einem Wiener Krankenhaus (z.B. AKH) soll noch 2001 ein Pilotprojekt gestartet werden, das insbesondere im intensivmedizinischen Bereich (Infusionsschläuche, Blutbeutel etc.) zur Gänze auf PVC-Produkte (inkl. Weichmacher) verzichtet. Die dabei gewonnenen Erfahrungen (Kosten, Probleme, Akzeptanz...) sollen in der Folge in sämtlichen Wiener Spitälern umgesetzt werden.

*Hintergrund:*

PVC-Vermeidungsprojekte in Krankenhäusern gibt es bereits. Bei diesem Projekt geht es darum den PVC-Verzicht vollständig in einem größeren Krankenhaus bzw. einer größeren Abteilung eines Krankenhauses umzusetzen und die Basis zu schaffen, dass der PVC-Verzicht in sämtlichen Wiener Spitälern umgesetzt wird.

Quelle: Grüne Wien, Kontakt: Rupert Fellingner, Umweltreferent der Grünen Wien, [rupert.fellinger@gruene.at](mailto:rupert.fellinger@gruene.at), <http://wien.gruene.at>

### 2.2. Mustertext: Antrag für Kommunen zu PVC-haltigen Produkten

Antrag

#### **Kein Weichmacher DEHP in Medizinprodukten**

*Der Stadtrat/ Gemeinderat möge beschließen:*

Alle städtischen Krankenhäuser werden auf Medizinprodukte überprüft, die den Weichmacher DEHP (Di-ethyl-hexyl-phthalat) enthalten. Diese werden aus dem Gebrauch genommen und durch DEHP-freie Produkte ersetzt.

*Begründung:*

Umfangreiche Studien belegen, dass der Weichmacher DEHP als besonders bedrohlich gilt und im Verdacht steht, Unfruchtbarkeit und Krebserkrankungen hervorzurufen. Der Weichmacher kann Nieren, Leber und vor allem die Fortpflanzungsorgane schwer schädigen. Insbesondere Kinder, von Frühgeborenen bis hin zu Jugendlichen in der Pubertät, sind nach Einschätzung der Experten durch DEHP besonders gefährdet.

Als EU-Richtwert gilt bei kleinen Kindern eine DEHP-Aufnahme von täglich 0,05 Milligramm je Kilo Körpergewicht. Doch allein aus Infusionsschläuchen erhalten Frühgeborene bis zu 10 Milligramm des Weichmachers. Das 200fache des EU-Wertes!

Wie verbreitet der Giftstoff ist, hat der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland jetzt mit einer Studie belegt. Darin heißt es: „In ganz Europa werden Krankenhauspatienten, einschließlich Neugeborene, unnötig den Gefahren des Weichmachers DEHP ausgesetzt, der in medizinischen Produkten aus PVC enthalten ist.“

Bereits vor fünf Jahren hat die Europäische Kommission entschieden: Beißringe, Schnuller und Spielzeug für Kinder unter drei Jahren dürfen kein DEHP enthalten. Phthalathaltiges Weich-PVC wird als ernsthafte und unmittelbare Gefahr für die Gesundheit dargestellt. Magensonden, Infusionsgeräte, Beatmungsschläuche und sonstige oftmals lebensrettende medizinische Produkte müssen aber für Patienten, Anwender und Dritte einen hochgradigen Schutz bieten.

Quelle: Bündnis 90/Die Grünen / rosa liste im Stadtrat München, Lydia Dietrich, Sabine Krieger.

### 2.3. Mustertext: Kommunalen Aktionsplan zu PVC-haltigen Produkten

*Wir bitten den folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Stadtrats / Gemeinderat aufzunehmen:*

**Antrag:**

#### **Aktionsplan zur Vermeidung PVC-haltiger Produkte**

*Der Stadtrat / Gemeinderat möge beschließen:*

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Aktionsplan zur Vermeidung PVC-haltiger Produkte zu erarbeiten und dem Rat innerhalb einer Halbjahresfrist zur Beschlussfassung vorzulegen. Sie setzt hierzu eine Projektgruppe ein, in die auch externe Berater/innen und Vertreter/innen der Fraktionen einbezogen werden. Dieser Plan soll insbesondere beinhalten:

- eine Bestandsaufnahme, in Zusammenarbeit mit den Lieferanten, über die derzeitige Verwendung von PVC-haltigen Produkten im Zuständigkeitsbereich der Stadt
- eine Überprüfung des derzeitigen Beschaffungswesens der Stadt im Hinblick auf den Einkauf PVC-haltiger Produkte
- eine Darstellung des derzeitigen Umgangs mit PVC-haltigen Abfällen der Stadt
- die Informationsbeschaffung über Produktalternativen zu PVC
- die Auslotung der Möglichkeiten zum Ersatz vorhandener PVC-haltiger Materialien im Zuständigkeitsbereich der Stadt
- die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Umstellung des Beschaffungswesens auf den Einkauf PVC-freier Produkte
- die Erarbeitung eines Zeitplans zum Ersatz PVC-haltiger Materialien durch alternative Produkte
- die Vorbereitung von Muster-Ausschreibungstexten, in denen die PVC-Freiheit der Produkte als Anforderung formuliert wird
- Vorschläge für die Schulung und Information des mit den Aufgaben des PVC-Ersatzes und der PVC-Vermeidung befassten städtischen Personals

Bei der Beurteilung der Substitutionsfähigkeit von PVC-Produkten soll nach dem Prinzip verfahren werden, dass nur dort Ausnahmen von einem PVC-Verzicht zugelassen werden, wo es keine Produktalternativen gibt oder wo ein PVC-Ersatz wirtschaftlich nicht vertretbar wäre.

*Begründung:*

Sowohl die Herstellung als auch die Entsorgung von PVC kann Umweltprobleme verursachen. PVC wird aus Chlor und Ethylen hergestellt. Chlorgas ist äußerst giftig, und seine Verwendung führt zur Bildung giftiger Chlorverbindungen. Je nach dem hergestellten Endprodukt werden bestimmte Stoffe wie Stabilisatoren und Weichmacher zugesetzt. Als Stabilisatoren dienen verschiedene Metallverbindungen, während sich unter den Weichmachern zahlreiche aus Umweltsicht bedenkliche Stoffe befinden, z. B. Chlorparaffine und Phthalate. Forschungsergebnisse zeigen, dass diese Zusätze in PVC natürlichen Hormonen gleichen können und fortpflanzungsschädigend wirken.

PVC-haltige Materialien werden weiterhin in großen Mengen vor allem im Hoch- und Tiefbau (Rohrleitungen), im Verkehrssektor (Schilder), in der Innenausstattung städtischer Gebäude (Fußböden), bei Elektroinstallationen (Kabel), in medizinischen Geräten (Infusionsschläuche, Schutzhandschuhe), in Büromaterialien (Mappen, Hefter), Verpackungen etc. eingesetzt.

Für die meisten PVC-Verwendungen gibt es inzwischen ebenso leistungsfähige und kostenäquivalente Produktalternativen. Mit ihrem Einkaufsverhalten könnte die Stadt den Trend zur Herstellung umweltfreundlicher Produkte und damit die Wettbewerbsfähigkeit der sie herstellenden Industrie unterstützen.

Quelle: Orientiert an: Provinzialrat der Provinz Stockholm: Beschlussvorlage der Provinzialverwaltung. Aktionsplan zur Vermeidung PVC-haltiger Produkte, 1998:50.

## IV. Pressearbeit

### 1. Tipps für die Pressearbeit

Die öffentliche Wirkung einer Aktion / Veranstaltung hängt maßgeblich von der Qualität der Pressearbeit ab:

- Interessante Leute einladen und aktuelle Aufhänger wählen.
- Presse rechtzeitig informieren (3-4 Tage vorher), ein bis zwei Tage vor der Veranstaltung in der Redaktion nachfragen, wer kommt.
- Interessante Interviewpartner anbieten (z.B. Umweltmediziner)
- Veranstaltungstermine in den Terminkalendern von Zeitungen und Hörfunksendern platzieren.
- Pressemitteilungen mit einem „Reißer“ beginnen. Erst im zweiten Absatz und dann möglichst kurz auf den Infostand/Aktion/Veranstaltung eingehen. Denkt daran: Die ersten 2-3 Sätze entscheiden, ob sich Journalisten für ein Thema interessieren. Harte Fakten bringen, weil nur das die Journalisten interessiert. Inhaltlicher Schwerpunkt sollte die politische Botschaft unserer Kampagne sein. Kurz fassen und möglichst druckreif formulieren. Das erhöht die Chance, dass die Pressemitteilung möglichst unverändert veröffentlicht werden. Neben einer Veröffentlichung dient die Pressemitteilung dazu, Journalisten für unser Thema zu interessieren. Damit er im Idealfall eine richtig große Geschichte daraus macht.
- Anzeigenblätter berücksichtigen und ihnen fertige Namensartikel anbieten. Anzeigenblätter sind immer auf der Suche nach Themen und werden von vielen Menschen gelesen.
- Schülerzeitungen einladen oder Schülerredaktion besuchen, denn Jugendliche sind wichtige Multiplikatoren.
- Hörfunk-Beiträge organisieren. Ideal ist ein Beitrag im Radio am Tag Eurer Veranstaltung, d.h. frühzeitig Kontakt aufnehmen und Informationen bereithalten.
- Persönliche Pressekontakte pflegen.
- Pressemappen zusammenstellen: Presseerklärung, Hintergrundpapiere und weitere Kampagnenmaterialien (z.B. Faltblätter) einlegen.

## 2. Mustertexte

### 2.1. Presserklärung zur Ankündigung einer Veranstaltung

Datum

Pressemitteilung

#### **Grüne Kampagne: Kein Gift in Alltagsprodukten und Kinderspielsachen!**

Innerhalb der Europäischen Union sind rund 100.000 Chemikalien in Listen erfasst. Bei rund 95.000 dieser Stoffe ist derzeit unbekannt, was sie genau beinhalten und wie sie auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt wirken. Bezogen auf die Gesamtmenge der Chemikalien, die jedes Jahr in der EU vermarktet werden, haben ca. 99 Prozent nie ein offizielles Anmeldeverfahren durchlaufen. Lediglich drei Prozent der am häufigsten produzierten und verwendeten Chemikalien sind vollständig getestet, wie sie auf Mensch und Umwelt wirken.

Im Rahmen einer bundesweiten Kampagne fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Ort) am (Zeit) in (genauer Ort) mit einem Infostand/Aktion/Veranstaltung, diesen Großversuch endlich zu beenden. „Chemikalien finden sich fast in allen Produkten, die wir täglich nutzen. Als Folge lässt sich in Testpersonen oftmals ein ganzer Giftcocktail nachweisen“, erklärt die/der Orts-,KV-/Fraktions-/Landtagssprecher/in *Name*. Die gesundheitlichen Folgen sind verheerend. Viele Stoffe wirken wie Hormone, können Krebs erregen, Allergien hervorrufen, das Nervensystem schädigen oder in sonstiger Weise unsere Gesundheit gefährden. Verschiedene Studien ergeben, dass bei europäischen, US-amerikanischen und australischen Männern die Spermiedichte um 50 Prozent zurückgeht. Mehr als 15 Prozent aller Paare in Europa sind inzwischen unfruchtbar. Hormonell wirkende Chemikalien gelten als mitverantwortlich. Besonders beängstigend sind die Folgen für Kinder. So leidet inzwischen in Europa jedes siebte Kind an Asthma – vermutlich ausgelöst durch Chemikalien. Seit fast 20 Jahren wächst bei Kindern die Krebsrate stetig um fast ein Prozent jährlich. Niederländische Wissenschaftler sind überzeugt: Der Anstieg von Leukämie- und Lymphdrüsenkrebs bei Kindern ist ebenso ein Produkt der Chemischen Industrie wie nichttropfende Farbe.

*Name*: „Mit unserer Kampagne wollen wir Rückenwind für ein neues starkes Europäisches Chemikalienrecht geben.“ Die geplante Verordnung (REACH) sieht vor, dass künftig alle Substanzen ein mehrstufiges Verfahren zur Registrierung, Bewertung und Anmeldung durchlaufen. Voraussichtlich im Oktober findet im Europäischen Parlament die erste Lesung statt. Zeit genug, um den Gesetzesentwurf entscheidend zu verbessern. „Aus Umwelt- und Verbrauchersicht ist dies das wichtigste Gesetzesvorhaben in dieser Legislaturperiode“, so *Name*. Denn es bietet die herausragende Chance, Mensch und Umwelt endlich vor gefährlichen Chemikalien zu schützen.

*Name*: „Wir wollen, dass Hersteller und Importeure künftig nachweisen, dass ihre Produkte sicher sind.“ Gefährliche Stoffe dürfen nicht zugelassen werden, wenn weniger risikoreiche Alternativen zur Verfügung stehen. Zudem sind chemikalienhaltige Verbrauchsartikel zu kennzeichnen. Denn Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht, über Schadstoffe und Risiken informiert zu werden. Vor allem aber muss sich die Bewertung, ob ein Stoff gefährlich ist, an der Gesundheit von Kindern orientieren. Denn unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.

Ansprechpartner/in (Name, Funktion, Tel. und E-Mail)

## 2.2. Mustertexte für Öffentlichkeitsarbeit

### Hintergrundpapier 1

#### **Gesundheitliche Schäden durch Chemikalien**

Chemikalien sind Teil unseres Lebens. Sie finden sich in fast allen Produkten, die wir täglich nutzen. In den Nahrungsmitteln, die wir essen. In der Luft, die wir atmen. Die Folge: In Testpersonen lässt sich oftmals ein ganzer Giftcocktail nachweisen. So fand der WWF im Sommer 2004 im Blut von freiwilligen Testpersonen insgesamt 104 verschiedene chemische Stoffe. Weiteres Ergebnis: Es spielt keine Rolle, ob wir auf dem Land oder in der Stadt wohnen. Die Gefahr der Belastung ist in beiden Fällen gleich. Auch eine bewusste Lebensführung kann keinen Schutz geben. Der Mensch wird zwangsläufig zur unfreiwilligen „Sondermülldeponie“.

#### **Kinder sind besonders gefährdet**

Besonders bedenklich: Kinder können mit mehr Chemikalien und höheren Werten belastet sein als ihre Eltern und Großeltern. Dies gilt selbst dann, wenn sie diesen Substanzen sehr viel kürzer ausgesetzt waren als die Erwachsenen. Der Niederländische Gesundheitsrat bezeichnet dieses Phänomen inzwischen als eines der größten Probleme bei Chemikalien. Hinzu komme, dass viele Schäden erst dann sichtbar werden, wenn Kinder in die Pubertät oder ins Erwachsenenalter kommen. Vor diesem Hintergrund beschloss die „Vierte Ministerielle Konferenz Umwelt und Gesundheit“ der Weltgesundheitsorganisation in Europa, dieses Problem in ihren „Aktionsplan zur Verbesserung von Umwelt und Gesundheit der Kinder in der Europäischen Region“ aufzunehmen. Und im „Pariser Appell“ mahnen mehr als 70 Wissenschaftler, darunter Nobelpreisträger: „Die Umweltbelastung durch Chemikalien stellt eine ernsthafte Bedrohung für Kinder und das Überleben der Menschen dar.“

#### **Wenig Wissen zu Langzeitfolgen**

Es ist kaum bekannt, wie Schadstoffe langfristig wirken. Selbst bei gut erforschten Chemikalien kann es noch Jahre dauern, bis wir alle Folgen kennen. Aber das, was Wissenschaftler in weltweiten Studien bislang herausfanden, ist erschreckend. So leidet in Europa inzwischen jedes siebte Kind an Asthma – vermutlich ausgelöst durch Chemikalien. Besonders beängstigend: Seit 20 Jahren wächst bei Kindern die Krebsrate stetig um fast ein Prozent jährlich. Niederländische Wissenschaftler sind überzeugt: Der Anstieg von Leukämie- und Lymphdrüsenkrebs bei Kindern ist ebenso ein Produkt der Chemischen Industrie wie nichttropfende Farbe.

#### **Niedrige Intelligenzquoten und Verhaltensänderungen**

Schon vor 20 Jahren beobachteten Wissenschaftler erstmals, dass sich polychlorierte Biphenyle (PCB) negativ auf die Gehirnentwicklung bei Kindern auswirken. Damals untersuchten Wissenschaftler Kinder, die in den USA am Lake Michigan geboren wurden und deren Mütter während der Schwangerschaft Fisch gegessen hatten, der mit PCB belastet war. Die Tests kamen zu einem erschreckenden Ergebnis: Kinder, deren Mütter in der Schwangerschaft stark durch PCB belastet wurden, hatten im Alter von vier Jahren ein schlechtes Kurzzeit-Sprachgedächtnis. Als Elfjährige hatten sie dreimal so häufig einen niedrigeren Intelligenzquotienten und blieben in ihrer Lesefähigkeit zweimal so oft zurück. Inzwischen bestätigen noch mehr Studien, dass PCB negativ auf die Intelligenz von Kindern wirkt. Weitere Gefahr: Wissenschaftler beobachteten bei Tieren, die mit PCB belastet waren, Verhaltensänderungen. Sie vermuten deshalb, dass Chemikalien eine Rolle spielen, wenn Kinder unter Verhaltensstörungen, wie etwa dem Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADS) oder Autismus, leiden.

#### **Sexuelle Missbildungen, Frühreife und Unfruchtbarkeit**

Neben Substanzen, die Krebs erregen, enthalten vor allem Stoffe, die hormonell wirken, ein großes Risiko. Erschreckend ist die Zunahme von Zweigeschlechtlichkeit, Hodenhochstand und anderen Missbildungen an Fortpflanzungsorganen bei Neugeborenen sowie die sehr frühe Geschlechtsreife bei Kindern. Nirgendwo auf der Welt gibt es so viele Mädchen, bei denen sich im Alter von weniger als acht Jahren die Brust entwickelt, als in Puerto Rico. Untersuchungen zeigen: Diese Kinder sind bis zu sechsmal höher mit Phthalaten belastet als Mädchen, die unter keiner frühen Brustentwicklung leiden. Weiterhin ergeben verschiedene Studien, dass bei europäischen, US-amerikanischen und australischen Männern die Spermiedichte um durchschnittlich 50 Prozent zurückgeht. In Europa sind bereits mehr als 15 Prozent der Paare unfruchtbar. Hormonell wirkende Chemikalien gelten dafür als mitverantwortlich.

**Diese schrecklichen Folgen zeigen ganz klar: Gefährliche Chemikalien haben in Alltagsprodukten und Kinderspielsachen nichts zu suchen. Substanzen, die sich in Wasser, Boden, Luft, Pflanzen, Tieren und Menschen anreichern, die giftig wirken, Krebs erregen und die Fortpflanzung beeinträchtigen, sind zu verbieten. Die Bewertung, ob ein Stoff gefährlich ist, muss sich an der Gesundheit von Kindern orientieren. Denn unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.**

### **Negativbeispiele: Gesundheitsrisiken durch Weichmacher und andere Stoffe**

Viele Substanzen, die sich in Alltagsprodukten und sogar in Kinderspielsachen finden, gefährden unsere Gesundheit.

#### **Gesundheitsrisiko Weichmacher**

Phthalate wie der Weichmacher DEHP (Diethylhexylphthalat) gelten als höchst gefährlich für die Gesundheit. Denn sie können wie Hormone wirken und die Fortpflanzungsorgane schädigen. Gleichwohl sind wir Menschen diesen Stoffen ständig ausgesetzt. Rund 90 Prozent der jährlich produzierten zwei Millionen Tonnen werden als PVC-Weichmacher verwendet. Sie finden sich in Bodenbelägen, Tapeten, Türen, Fenstern, Kabeln, Leitungen, Duschvorhänge, Schuhen, Textilien, Körperpflegemitteln, Verpackungen, Infusionsschläuche, Blutplasmabeuteln und sogar in Kinderspielsachen. Neueste Untersuchungen zeigen: Bei jeder zehnten untersuchten Person liegen die Phthalat-Mengen über der täglich tolerierbaren Konzentration.

Immerhin hat der EU-Wettbewerbsrat im September 2004 endlich dauerhaft verboten, bestimmte Phthalate in Kinderspielsachen und Babyartikeln verwenden. Auf Initiative von Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament ist es inzwischen auch verboten, den besonders gefährlichen Weichmacher DEHP in Kosmetika und Körperpflegeprodukten sowie in anderen Konsumartikeln zu verwenden.

Wie wichtig solche Verbote sind, zeigt zum Beispiel ein Ergebnis von Ökotest vom Dezember 2004. Danach fanden sich in neun von dreizehn geprüften Kunststoffpuppen teilweise stark erhöhte Phthalatkonzentrationen. Darunter auch solche Phthalate, die seit September 2004 in Kinderspielsachen verboten sind. Elf Puppen enthielten zudem Nonylphenol. Auch dieser Stoff steht im Verdacht, hormonell zu wirken. Weiterhin fand Ökotest in den Puppen erhöhte Werte Cadmium und Dibutylzinn. Cadmium greift die Knochen an, schädigt das Nervensystem und steht im Verdacht, Krebs zu erregen. Dibutylzinn ist ebenfalls sehr giftig und in der Umwelt nur schwer abbaubar. Selbst kleine Mengen genügen, um das Immun- und Hormonsystem von Tieren und vermutlich auch von Menschen zu beeinträchtigen.

#### **Weiteres Gefahrenbeispiel: Bisphenol A und Parabene**

Bisphenol A gehört zu den Chemikalien, die weltweit am meisten produziert werden. Allein innerhalb der Europäischen werden jedes Jahr mehr als 640.000 Tonnen Bisphenol A verarbeitet. Die Substanz findet sich u.a. in Zahnfüllungen, transparenten Babyplastikflaschen, Nahrungs- und Getränkeverpackungen, Haushaltsgegenständen, Nagellack, Kleber, Armaturen und Plastikteilen im Auto sowie in Flammschutzmitteln in Elektrogeräten. Das Problem: Der Stoff wirkt wie Östrogen und steht im Verdacht, Brustkrebs zu erregen und die Fortpflanzungsfähigkeit zu beeinträchtigen. Zudem kann er das Immun- und Nervensystem schädigen. Besonders schockierend: Bei Tieren wirkt der Stoff schon in solchen Mengen schädlich, die 2.500-fach kleiner sind als die niedrigste Dosis, bei der bislang Wirkungen beim Menschen nachgewiesen werden konnten.

Nicht weniger problematisch sind Parabene. Auch diese Stoffe können wie Östrogen wirken und Brustzellen anregen, unkontrolliert zu wachsen. Tatsächlich entdeckten britische Wissenschaftler diese Substanzen in Gewebeproben von Brusttumoren. Gleichwohl finden sich Parabene in vielen Produkten, die wir täglich nutzen. Unter anderem dienen sie als Konservierungsstoffe in Deodorants. Daher warnte die Deutsche Krebsgesellschaft vor Deodorants, die Parabene enthalten.

**Die Liste besonders gefährlicher Stoffe ließe sich leider beliebig fortsetzen. All dies zeigt: Wir brauchen endlich ein starkes Europäisches Chemikalienrecht, das solche Substanzen konsequent aus dem Verkehr zieht und so die Menschen vor großen Gesundheitsgefahren schützt.**

### **Ein starkes Europäisches Chemikalienrecht nutzt der Wirtschaft**

Nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher und die Umwelt profitieren von einem neuen starken Europäischen Chemikalienrecht, sondern auch die Wirtschaft. Denn die geplante Verordnung birgt ein enormes Innovationspotenzial. Europa könnte mit der Produktion sicherer Chemieprodukte internationale Standards setzen und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen stärken.

Viele Unternehmen, die Verbrauchsgüter herstellen, haben diese Vorteile inzwischen erkannt. Deshalb sind unlängst große Unternehmen, wie etwa H&M, Boots/Marks & Spencer, Volvo und Electrolux an die Öffentlichkeit getreten, um ein starkes Europäisches Chemikalienrecht zu fordern. Leider finden sie bislang zu wenig Gehör. Ihre Stimmen werden übertönt von der Chemischen Industrie. Diese versucht derzeit alles, um die geplante Verordnung abzuschwächen. Leider mit Erfolg. Die Regierungschefs von Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben signalisiert, dass sie den Interessen der Chemischen Industrie mehr Gewicht einräumen als dem Verbraucher- und Umweltschutz sowie den Interessen anderer Unternehmensbranchen.

### **Ein starkes Europäisches Chemikalienrecht spart Kosten**

Zu den Hauptargumenten der Chemischen Industrie gegen eine wirksame Chemikalienverordnung gehören die Kosten. Die Europäische Kommission schätzt, dass der Chemischen Industrie in Europa durch die geplante Verordnung ca. 2,3 Mrd. Euro Kosten entstehen – verteilt auf elf Jahre. Auf das einzelne Land gerechnet, sind dies weniger als 0,1 Prozent des jährlichen Umsatzes. Dem steht gegenüber, dass ein starkes europäisches Chemikalienrecht die Gesundheit der Menschen deutlich besser schützt. Als Folge könnte Europa viele Milliarden Euro Gesundheitsausgaben sparen. Auf diese Weise würden auch die Lohnnebenkosten sinken. Davon würden nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Unternehmen profitieren.

So schätzt der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, dass innerhalb der EU allein durch Allergien der Gesellschaft jährlich ca. 29 Mrd. Euro Kosten entstehen. Hinzu kommen – neben dem großen Leid der betroffenen Menschen und ihren Familien – weitere milliardenschwere Gesundheits- und Sozialausgaben wie zur Heilung von Krebserkrankungen, zur Behandlung von Unfruchtbarkeit und durch vorzeitige Berufsunfähigkeit.

Studien aus den USA kommen des Weiteren zu dem Ergebnis, dass niedrige Intelligenz und Autismus, verursacht durch Chemikalien, die USA jährlich 9,2 Mrd. Dollar kostet. Ferner errechneten Wissenschaftler, dass jeder Punkt, der beim Intelligenzquotienten fehlt, das lebenslängliche Einkommen um 2,39 % senkt. Mit anderen Worten: Mangelnder Schutz vor gefährlichen Chemikalien schmälert nicht nur die intellektuellen, sondern die ökonomischen und sozialen Perspektiven von Menschen. Neben diesen individuellen Schäden hat dies auch enorme gesellschaftliche Auswirkungen. Denn Wohlstand und Zukunft einer Gesellschaft hängt in hohem Maße auch von der Gesundheit und den Fähigkeiten ihrer Menschen ab. Sie sind die wichtigste Ressourcen des 21. Jahrhunderts.

**Insofern verwundert die Bilanz des Rat von Sachverständigen bezüglich einer starken Europäischen Chemikalienverordnung nicht: „Bei allen Unsicherheiten hinsichtlich der Abschätzung von Kosten und Nutzen deuten neuere Analysen darauf hin, dass bereits der Nutzen für die menschliche Gesundheit die Kosten übersteigt. Schäden der Tier- und Pflanzenwelt, die bisher monetär nicht erfasst werden, sind dem hinzuzurechnen.“**

## **Unsere Forderungen**

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich konsequent ein für ein starkes Europäisches Chemikalienrecht. Wir wollen ein Europäisches Chemikalienrecht, das uns und unsere Kinder wirksam vor schleichender Vergiftung schützt. Die geplante Verordnung zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH) ist für uns auf diesem Weg ein wichtiger Schritt, wenn folgende Prinzipien umgesetzt werden:

- 1. Hersteller und Importeure müssen nachweisen, dass ihre Produkte sicher sind.**
- 2. Gefährliche Stoffe dürfen nicht zugelassen werden, wenn weniger risikoreiche Alternativen zur Verfügung stehen.**
- 3. Die Bewertung, ob ein Stoff gefährlich ist, muss sich an der Gesundheit von Kindern orientieren. Denn unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen.**
- 4. Chemikalienhaltige Verbrauchsartikel sind zu kennzeichnen. Denn Verbraucherinnen und Verbraucher haben das Recht, über Schadstoffe und Risiken informiert zu werden.**

Wir wenden uns ausdrücklich gegen den Versuch der Chemischen Industrie und Teilen der Politik, den vorliegenden Entwurf der EU-Kommission zu REACH zu verwässern. Dieser knüpft die gestuften Pflichten zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien an zwei Kriterien: bestimmte gefährliche Eigenschaften und die Stoffmengen, die Hersteller und Importeure jährlich auf den Markt bringen. Bei diesem „doppelten Ansatz“ würden künftig rund 30.000 Substanzen unter REACH fallen. Davon wurden bislang erst 14 Prozent auf ihre Folgen für Mensch und Umwelt getestet. Also nur die Spitze des Eisbergs.

Die Chemische Industrie schlägt vor, auf die jährliche Stoffmenge als Kriterium zu verzichten. Damit würden viele tausend Stoffe solange nicht unter das Prüf- und Registrierungsverfahren fallen, wie sie nicht als risikoreich bewertet sind. Dieser Vorschlag würde die neue Verordnung ad absurdum führen. Denn um das Risiko einer chemischen Substanz einzuschätzen, müssten alle gefährlichen Eigenschaften bekannt sein – einschließlich der Wirkungen auf Mensch und Umwelt. Zudem müsste beachtet werden, auf welche Weise und in welchen Mengen die Menschen diesen Stoffen ausgesetzt sind. Zum Beispiel, ob sie die Substanzen über die Nahrung, die Atmung oder Hautkontakt aufnehmen. Ebenso wäre zu bewerten, wie verschiedene Stoffe miteinander reagieren. Doch all diese Daten, die für solche Risikobewertungen nötig wären, liegen bislang kaum vor. Es ist gerade das Kernanliegen des neuen Europäischen Chemikalienrechts, genau dieses Unwissen endlich zu beseitigen. Wir fordern deshalb: Es darf hier keine Abstriche geben. Dieser Vorschlag der Chemischen Industrie ist ein trojanisches Pferd und darf keinen Eingang in die künftige Verordnung finden.

**Wir meinen: REACH ist ein Lackmустest, wie ernst es die EU mit dem Umwelt- und Verbraucherschutz wirklich meint. Wir wollen, dass REACH mehr wird als ein sanftes Hauskätzchen. Wir wollen einen starken Tiger, der Verbraucher, Arbeitnehmer und Umwelt wirksam, vorsorgend und nachhaltig vor gefährlichen Stoffen schützt. Dafür stehen wir. Und dafür kämpfen wir.**

## 2.3. Musterartikel in Anzeigen- und anderen Lokal- oder Regionalzeitungen (auch als Namensartikel)

### Kein Gift in Alltagsprodukten und Kinderspielsachen

Chemikalien finden sich in fast allen Produkten, die Verbraucher täglich nutzen. Die Folge: Im Blut von Testpersonen lässt sich oft ein ganzer Giftcocktail nachweisen. So fand der Umweltverband WWF im Blut von freiwilligen Testpersonen insgesamt 104 verschiedene chemische Stoffe. Weitere Ergebnisse: Es spielt keine Rolle, ob Menschen auf dem Land oder in der Stadt wohnen. Die Gefahr der Belastung ist in allen Fällen gleich. Auch gibt es keinen Schutz durch eine bewusste Lebensführung.

Besonders bedenklich: Kinder können mit mehr Chemikalien belastet sein als ihre Eltern und Großeltern. Das gilt selbst dann, wenn sie diesen Substanzen sehr viel kürzer ausgesetzt sind als die Erwachsenen. Im „Pariser Appell“ mahnen mehr als 70 Wissenschaftler, darunter Nobelpreisträger: „Die Umweltbelastung durch Chemikalien stellt eine ernsthafte Bedrohung für Kinder und das Überleben der Menschen dar.“

Bislang ist kaum bekannt, wie Schadstoffe langfristig auf Mensch und Umwelt wirken. Aber das, was Wissenschaftler in weltweiten Studien herausfanden, ist erschreckend. Jedes siebte Kind in Europa leidet an Asthma – vermutlich ausgelöst durch Chemikalien. Seit 20 Jahren wächst bei Kindern die Krebsrate stetig. Niederländische Wissenschaftler sind überzeugt: Der Anstieg von Leukämie- und Lymphdrüsenkrebs bei Kindern ist ebenso ein Produkt der Chemischen Industrie wie nichttropfende Farbe.

Neben Substanzen, die Krebs erregen, sind vor allem Stoffe, die hormonell wirken, ein großes Risiko. Besonders beängstigend ist die Zunahme von Zweigeschlechtlichkeit, Hodenhochstand und anderen Missbildungen an Fortpflanzungsorganen bei Neugeborenen sowie die sehr frühe Geschlechtsreife bei Kindern. Nirgendwo auf der Welt gibt es so viele Mädchen, bei denen sich im Alter von weniger als acht Jahren die Brust entwickelt, als in Puerto Rico. Untersuchungen zeigen: Diese Kinder sind bis zu sechsmal höher mit Phthalaten belastet als Mädchen, die unter keiner frühen Brustentwicklung leiden. Jedes Jahr werden weltweit ca. zwei Millionen Tonnen Phthalate produziert. Davon landen rund 90 Prozent als Weichmacher für Kunststoffe in Produkten wie Fußbodenbeläge, Fenster, Türen, Elektrokabel, Duschvorhänge, Schuhe, Textilien, Körperpflegemittel, Verpackungen, Infusionsschläuche, Blutplasmabeutel, Kinderspielsachen etc.

Weiterhin ergeben verschiedene Studien, dass bei europäischen, US-amerikanischen und australischen Männern die Spermiedichte um durchschnittlich 50 Prozent zurückgeht. Inzwischen sind in Europa mehr als 15 Prozent aller Paare unfruchtbar. Auch hier gelten hormonell wirkende Chemikalien als mitverantwortlich.

Vor 20 Jahren beobachteten Wissenschaftler erstmals, dass sich polychlorierte Biphenyle (PCB) negativ auf die Gehirnentwicklung von Kindern auswirken. Damals untersuchten Wissenschaftler Kinder, die in den USA am Lake Michigan geboren wurden und deren Mütter während der Schwangerschaft Fisch gegessen haben, der mit PCB belastet war. Die Tests kamen zu einem erschreckenden Ergebnis: Kinder, deren Mütter in der Schwangerschaft stark durch PCB belastet wurden, hatten im Alter von vier Jahren ein schlechtes Kurzzeit-Sprachgedächtnis. Als Elfjährige hatten sie dreimal so häufig einen niedrigeren Intelligenzquotienten und blieben in ihrer Lesefähigkeit zweimal so oft zurück. Inzwischen bestätigen noch mehr Studien, dass PCB negativ auf die Intelligenz von Kindern wirkt. Zudem beobachteten Wissenschaftler bei Tieren, die mit PCB belastet waren, Verhaltensänderungen. Sie vermuten deshalb, dass Chemikalien eine Rolle spielen, wenn Kinder unter Verhaltensstörungen, wie etwa dem Aufmerksamkeits-Defizit-Syndrom (ADS) oder Autismus, leiden.

„Diese schrecklichen Folgen zeigen, wie wichtig es ist, die Menschen vor gefährlichen Chemikalien zu schützen“, erklärt *Name/Funktion* von Bündnis 90/Die Grünen. „Leider ist dieser Schutz bislang völlig unzulänglich.“ So sind innerhalb der Europäischen Union ca. 100.000 Chemikalien in Listen erfasst sind. Bei rund 95.000 dieser Stoffen unbekannt, was sie genau enthalten und wie sie auf Mensch und Umwelt wirken. Bezogen auf die Gesamtmenge, die jedes Jahr in der Europäischen Union vermarktet wird, haben ca. 99 Prozent der Stoffe niemals ein offizielles Anmeldeverfahren durchlaufen. Lediglich drei Prozent der am häufigsten produzierten und verwendeten Chemikalien sind vollständig darauf getestet, wie sie auf Mensch und Umwelt wirken.

*Name*: „Dies bedeutet faktisch, dass wir alle an einem Großversuch teilnehmen.“ Eine neue Europäische Verordnung zum Chemikalienrecht (REACH) soll diese Unwissenheit endlich beseitigen. „Diese Verordnung ist ein wichtiger Schritt. Sie darf deshalb nicht verwässert werden.“ Denn gefährliche Stoffe haben in Kinderspielsachen und Alltagsprodukten nichts zu suchen. „Vor allem aber muss sich die Bewertung, ob ein Stoff gefährlich ist, endlich an der Gesundheit von Kindern orientieren“, fordert *Name*. „Denn eines ist klar: Unsere Kinder und wir sind keine Versuchskaninchen.“

# V. Informationsmaterialien zur Kampagne

## 1. Literatur

### Insgesamt

- Anhörungsprotokoll Bundestag 08.11.2004: [www.bundestag.de/parlament/gremien15/a15/a15\\_anhoerungen/08\\_REACH/06\\_Prot.pdf](http://www.bundestag.de/parlament/gremien15/a15/a15_anhoerungen/08_REACH/06_Prot.pdf)
- Breyer, Hiltrud, "EU-Umwelthandbuch". Zu bestellen über [hbreyer@europarl.eu.int](mailto:hbreyer@europarl.eu.int)
- Breyer, Hiltrud, "Faltblatt ökologische Kinderrechte". Zu bestellen über [hbreyer@europarl.eu.int](mailto:hbreyer@europarl.eu.int)
- BUND/Friends of the Earth, "Gift am Krankenbett – Gefährliche Weichmacher in medizinischen Produkten. Wo sie versteckt sind und wie Kliniken sie vermeiden können", Juni 2004; [www.bund.net](http://www.bund.net)
- BUND: "Endstation Mensch", Natur & Umwelt, Berlin 2005; [www.bund.net/lab/reddot2/pdf/studie\\_muttermilch.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/studie_muttermilch.pdf)
- Bundesumweltministerium, REACH –Magazin für moderne Chemie“, Juli 2004; [www.bmu.de](http://www.bmu.de)
- DGB-Position, EGB-Position und Europäische REACH-Konferenz: [www.oekoline.net/dgb.0.html](http://www.oekoline.net/dgb.0.html)
- DHI Water & Environment (im Auftrag der GD Umwelt der Europäischen Kommission): The impact of REACH on the environment and human health, September 2005, [http://europa.eu.int/comm/environment/chemicals/pdf/impact\\_on\\_environment\\_report.pdf](http://europa.eu.int/comm/environment/chemicals/pdf/impact_on_environment_report.pdf)
- Die Verbraucher Initiative e.V., "Broschüre "Schadstoffe in Innenräumen", [www.verbraucher.org](http://www.verbraucher.org)
- DNR: EU-Rundschreiben Sonderheft REACH 06/07.05.
- Europäische Umweltagentur Kopenhagen, "Späte Lehren aus frühen Warnungen", [http://reports.de.eea.eu.int/environmental\\_issue\\_report\\_2001\\_22/de/index\\_html\\_local](http://reports.de.eea.eu.int/environmental_issue_report_2001_22/de/index_html_local)
- Greenpeace, "Chemicals out of control – The systematic failure of EU chemicals policy in the last 20 years", Juni 2003; [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)
- Greenpeace: "Textil-Fibel" des Greenpeace Magazins, über Fäden und Fasern, Stoffe und Gewebe, Chemikalien und Gütesiegel [www.greenpeace-magazin.de/magazin/shop/produkte.php?prodid\\_15](http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/shop/produkte.php?prodid_15)
- Greisenegger, Katzmann, Pitter: Umwelt Spürnasen, Aktiv Wohnbuch Verlag Orsac.
- Hintergrundpapiere der Grünen/EFA Fraktion im Europäischen Parlament sowie von Hiltrud Breyer; zu beziehen über e-mail an [hbreyer@europarl.eu.int](mailto:hbreyer@europarl.eu.int)
- International Chemical Secretary, "What we need from REACH – Views on the Proposal for a new chemical legislation within the EU", Januar 2005, [www.chemsec.org](http://www.chemsec.org)
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und der Verordnung (EG) über persistente organische Schadstoffe", KOM (2003) 644; Brüssel; 29.10.2003, [www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2003/act0644de04/1.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2003/act0644de04/1.pdf)
- KPMG Business Advisory Services, "REACH - further work on impact assessment. A case study approach. Executive Summary", April 2005.  
Aus: [http://europa.eu.int/comm/enterprise/reach/docs/reach/kpmg\\_summary.pdf](http://europa.eu.int/comm/enterprise/reach/docs/reach/kpmg_summary.pdf)
- Münchner Umweltinstitut: "Ratgeber Wohnen&Wohlfühlen - Schadstoffe erkennen und vermeiden" vom [www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)
- Ökotest, "Püppchen, du bist kein Augenstern" in der Ausgabe 12/2004; [www.ökotest.de](http://www.ökotest.de)
- Ökotest: "Spielzeug & Spielen" Öko-Test Kompakt. Testberichte über eine Vielzahl von Alltagsprodukten, von Kosmetika bis hin zu Matschhosen für die Kinder. Die Produkte werden getestet und auf gefährliche Chemikalien untersucht. [www.ökotest.de](http://www.ökotest.de)
- Pariser Appell, Internationaler Aufruf von Wissenschaftlern, darunter mehrere Nobelpreisträger, zu Gesundheitsgefahren durch Chemikalien; [www.artac.info](http://www.artac.info)
- Provinzialrat der Provinz Stockholm, Beschlussvorlage der Provinzialverwaltung. Aktionsplan zur Vermeidung PVC-haltiger Produkte, 1998:50.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Pressemitteilung „Kosten von REACH vertretbar“ vom 23. Juli 2003, [www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de)
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Sondergutachten „Umwelt und Gesundheit“, 2002, [www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de)
- Umweltbundesamt, Broschüre "Gesünder wohnen - aber wie? Praktische Tipps für den Alltag" [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)
- Umweltbundesamt: Broschüre "Möbel für gesundes Wohnen? - Wie denn? - Wo denn? Was denn?" [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)
- Umweltbundesamt (Hrsg.): Analyse der Kosten und Nutzen der neuen EU-Chemikalienpolitik. Untersuchung anhand ausgewählter Branchen unter Beachtung der Wirkungen auf Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Umwelt und Gesundheit. Berlin, Karlsruhe, Hamburg, Oktober 2004. Aus: <http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2800.pdf>
- WWF, "Compromising our Children – Chemical impacts on children's intelligence an behaviour"; A WWF-UK Chemicals an Health Campaign Briefing, Juni 2004; [www.wwf.org.uk](http://www.wwf.org.uk)
- WWF, "Contamination: the next generation – Results of the family contamination survey"; A WWF-UK Chemicals an Health Campaign report in conjunction with The Cooperative Bank", Oktober 2004; [www.wwf.org.uk](http://www.wwf.org.uk)

- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe sowie zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und der Verordnung (EG) über persistente organische Schadstoffe", KOM (2003) 644; Brüssel; 29.10.2003, [www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2003/act0644de04/1.pdf](http://www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/pdf/2003/act0644de04/1.pdf)
- Stand des Verfahrens mit allen wichtigen Etappen und Dokumenten, Stellungnahmen etc.: [www.europa.eu.int/prelex/detail\\_dossier\\_real.cfm?CL=de&DosId=186450](http://www.europa.eu.int/prelex/detail_dossier_real.cfm?CL=de&DosId=186450)

### Allgemein

- Breyer, Hiltrud, "EU-Umwelthandbuch". Zu bestellen über [hbreyer@europarl.eu.int](mailto:hbreyer@europarl.eu.int)
- BUND/Friends of the Earth, „Gift am Krankenbett – Gefährliche Weichmacher in medizinischen Produkten. Wo sie versteckt sind und wie Kliniken sie vermeiden können“, Juni 2004; [www.bund.net](http://www.bund.net)
- Bundesumweltministerium, "REACH –Magazin für moderne Chemie“, Juli 2004; [www.bmu.de](http://www.bmu.de)
- DNR: EU-Rundschreiben Sonderheft REACH 06/07.05.
- Greenpeace, „Chemicals out of control – The systematic failure of EU chemicals policy in the last 20 years“, Juni 2003; [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)
- Hintergrundpapiere der Grünen/EFA Fraktion im Europäischen Parlament sowie von Hiltrud Breyer; zu beziehen über e-mail an [hbreyer@europarl.eu.int](mailto:hbreyer@europarl.eu.int)
- International Chemical Secretary, "What we need from REACH – Views on the Proposal for a new chemical legislation within the EU", Januar 2005, [www.chemsec.org](http://www.chemsec.org)
- Pariser Appell, Internationaler Aufruf von Wissenschaftlern, darunter mehrere Nobelpreisträger, zu Gesundheitsgefahren durch Chemikalien, [www.artac.info](http://www.artac.info)
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Pressemitteilung „Kosten von REACH vertretbar“ vom 23. Juli 2003, [www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de)
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Sondergutachten „Umwelt und Gesundheit“, 2002, [www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de)
- Europäische Umweltagentur Kopenhagen, "Späte Lehren aus frühen Warnungen", [http://reports.de.eea.eu.int/environmental\\_issue\\_report\\_2001\\_22/de/index.html](http://reports.de.eea.eu.int/environmental_issue_report_2001_22/de/index.html)

### Wohnen

- Umweltbundesamt, Broschüre "Gesünder wohnen - aber wie? Praktische Tipps für den Alltag" [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)
- Umweltbundesamt, Broschüre "Möbel für gesundes Wohnen? - Wie denn? - Wo denn? Was denn?" [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)
- Münchner Umweltinstitut, "Ratgeber Wohnen&Wohlfühlen - Schadstoffe erkennen und vermeiden" vom [www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)
- Die Verbraucher Initiative e.V., Broschüre "Schadstoffe in Innenräumen", [www.verbraucher.org](http://www.verbraucher.org)

### Kleidung

- Greenpeace: Textil-Fibel des Greenpeace Magazins, über Fäden und Fasern, Stoffe und Gewebe, Chemikalien und Gütesiegel [www.greenpeace-magazin.de/magazin/shop/produkte.php?prodid\\_15](http://www.greenpeace-magazin.de/magazin/shop/produkte.php?prodid_15)

### Kinder

- Breyer, Hiltrud, "Faltblatt ökologische Kinderrechte." Zu bestellen über [hbreyer@europarl.eu.int](mailto:hbreyer@europarl.eu.int)
- BUND: "Endstation Mensch", Natur & Umwelt, Berlin 2005; [www.bund.net/lab/reddot2/pdf/studie\\_muttermilch.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/studie_muttermilch.pdf)
- Greisenegger / Katzmann / Pitter, "Umwelt Spürnasen", Aktiv Wohnbuch Verlag Orsac.
- Ökotest, "Püppchen, du bist kein Augenstern" in der Ausgabe 12/2004; [www.oekotest.de](http://www.oekotest.de)
- Ökotest: "Spielzeug & Spielen" Öko-Test Kompakt. Testberichte über eine Vielzahl von Alltagsprodukten, von Kosmetika bis hin zu Matschhosen für die Kinder. Die Produkte werden getestet und auf gefährliche Chemikalien untersucht. [www.oekotest.de](http://www.oekotest.de)
- WWF, "Compromising our Children – Chemical impacts on children's intelligence an behaviour"; A WWF-UK "Chemicals an Health Campaign Briefing", Juni 2004; [www.wwf.org.uk](http://www.wwf.org.uk)
- WWF, "Contamination: the next generation – Results of the family contamination survey"; A WWF-UK Chemicals an Health Campaign report in conjunction with The Cooperative Bank", Oktober 2004; [www.wwf.org.uk](http://www.wwf.org.uk)

## 2. Links

### Allgemein

Bund Naturschutz	<a href="http://www.bund-gegen-gift.de">www.bund-gegen-gift.de</a>
Chemical reaction	<a href="http://www.chemicalreaction.org">www.chemicalreaction.org</a>
DNR Deutscher Naturschutzring	<a href="http://www.dnr.de">www.dnr.de</a>
Generaldirektion Umwelt (EU-Kommission):	<a href="http://www.europa.eu.int/comm/environment/chemicals/reach.htm">www.europa.eu.int/comm/environment/chemicals/reach.htm</a>
Generaldirektion Industrie und Wettbewerb (EU-Kommission):	<a href="http://www.europa.eu.int/comm/enterprise/reach/index_en.htm">www.europa.eu.int/comm/enterprise/reach/index_en.htm</a>
Greenpeace	<a href="http://www.greenpeace.de">www.greenpeace.de</a> (weiter unter U wie Umweltgifte oder C wie Chemie)
Test-Magazin Ökotest	<a href="http://www.oekotest.de">www.oekotest.de</a>
Verbraucherinitiative e.V.	<a href="http://www.verbraucher.org">www.verbraucher.org</a>
Verbraucherzentrale Bundesverband	<a href="http://www.vzbv.de">www.vzbv.de</a>
WWF	<a href="http://www.wwf.de/naturschutz/umweltgifte">www.wwf.de/naturschutz/umweltgifte</a>

### Kleidung

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.	<a href="http://www.pan-germany.org">www.pan-germany.org</a>
--------------------------------	--

### Wohnen

Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute e.V.	<a href="http://www.agoef.de">www.agoef.de</a>
Europäischer Verband ökologischer Einrichtungshäuser e.V.	<a href="http://www.oekocontrol.com">www.oekocontrol.com</a>
Umweltinstitut München e.V.	<a href="http://www.umweltinstitut.org">www.umweltinstitut.org</a>

### Kosmetik

Bundesverband Deutscher Industrie- und Handelsunternehmen für Arzneimittel, Reformwaren, Nahrungsergänzungsmittel und Körperpflegemittel	<a href="http://www.kontrollierte-naturkosmetik.de">www.kontrollierte-naturkosmetik.de</a>
Informationen zu mehr als 100 Labeln	<a href="http://www.label-online.de">www.label-online.de</a>
Reformhaus	<a href="http://www.neuform.de">www.neuform.de</a>

### Tipp:

Einen sehr guten Überblick über die neue Chemikalienverordnung bietet die BMU-Broschüre

#### "REACH. Magazin für eine moderne Chemie"

- **Neues Chemikalienrecht für Europa**  
Hersteller müssen Unbedenklichkeit beweisen
- **Schlechte Erfahrungen in der Vergangenheit**  
Warum neue Regelungen dringend nötig sind
- **Chemikalien im Alltag**  
Vom Quietscheentchen bis zum Hi-Fi-Gerät
- **Schutz vor problematischen Stoffen**  
Wie der Verbraucher von REACH profitiert
- **Chancen für die Industrie**  
Mehr Vertrauen, weniger Risiko

Kostenloser Download unter:

[http://www.bmu.de/files/broschueren/faltblaetter/application/pdf/broschuere\\_reach\\_juli2004.pdf](http://www.bmu.de/files/broschueren/faltblaetter/application/pdf/broschuere_reach_juli2004.pdf)

## VI. Kontakte

### Europaparlament

#### Hiltrud Breyer MdEP

8G265, Rue Wiertz  
B-1047 Bruxelles  
Tel. 0032/2/2845287  
hbreyer@europaparl.eu.int  
ab 1. Juni 2006: hiltrud.breyer@europarl.europa.eu  
[www.hiltrud-breyer.de](http://www.hiltrud-breyer.de)

#### Fraktionsmitarbeiter der Grünen für REACH im Europaparlament

Axel Singhofen  
asinghofen@europarl.eu.int  
ab 1. Juni 2006 axel.singhofen@europarl.eu.int

### Amtliche Stellen

#### Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Abteilung IG (Umwelt und Gesundheit,  
Immissionsschutz, Anlagensicherheit und Verkehr,  
Chemikaliensicherheit)  
MinDir Dr. Uwe Lahl  
Tel. 01888 / 305 -2400 / -2401  
[www.bmu.de](http://www.bmu.de)

#### Bundesinstitut für Risikobewertung

Thielallee 88-92  
14195 Berlin  
Tel.: 030 / 8412-0, Fax: -4741  
Mail: [poststelle@bfr.bund.de](mailto:poststelle@bfr.bund.de)  
[www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de)

#### Umweltbundesamt (UBA),

Dr. Klaus-Günther Steinhäuser,  
Leiter Fachbereich  
"Chemikalien und biologische Sicherheit"  
Wörlitzer Platz 1  
06844 Dessau  
Tel. 0340 / 2103-3000  
Mail: [klaus-g.steinhaeuser@uba.de](mailto:klaus-g.steinhaeuser@uba.de)  
[www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

### Verbände

#### Arbeitsschutz

##### DGB-Bundesvorstand

Dr. Werner Schneider  
Henriette-Herz-Platz 2,  
10178 Berlin  
Tel. 030 / 24060-278, Fax -111  
Mail: [werner.schneider@dgb.de](mailto:werner.schneider@dgb.de)  
[www.dgb.de](http://www.dgb.de)

##### European Trade Union

Technical Bureau for Health and Safety  
Bd du Roi Albert II, 5  
B- 1210 Bruxelles  
Tel. 0032 / 2 /2240-560, Fax: -561  
[tutb@etuc.org](mailto:tutb@etuc.org)  
<http://tutb.etuc.org>

#### Frauenrechte

##### Women in Europe for a Common Future (WECF)

Sonja Haider  
Blumenstr. 28  
80331 München  
Tel. 089 / 202323 90, Fax. 91  
[sonja.haider@wecf.org](mailto:sonja.haider@wecf.org)  
[www.wecf.org](http://www.wecf.org)

## Umweltschutz

Organisationen, die sich insbesondere für REACH stark gemacht haben

### **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)**

Patricia Cameron  
Projektleiterin Chemikalienpolitik,  
Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin  
Tel. 030 / 27586-414, Fax -440  
Mail: [patricia.cameron@bund.net](mailto:patricia.cameron@bund.net)  
[www.bund.net/bundgegengift](http://www.bund.net/bundgegengift)

### **Chemical Secretariat**

Box 7005,  
SE 402 31 Göteborg  
Schweden  
Tel.: 0046 / 31 / 711 01-52, -57  
E-Mail.: [info@chemsec.org](mailto:info@chemsec.org)  
[www.chemsec.org](http://www.chemsec.org)

### **Deutscher Naturschutzring (DNR)**

EU-Koordination, Nika Greger  
Prenzlauer Allee 230  
10405 Berlin  
Tel. 030 / 443391-86, Fax -80  
Mail: [nika.greger@dnr.de](mailto:nika.greger@dnr.de)  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

### **EEB Europäisches Umweltbüro**

Mecki Naschke (Policy Officer, Chemicals, IPPC)  
Boulevard de Waterloo 34  
B-1000 Bruxelles  
Tel. 0032 / 2 289 10 90  
Mail: [mecki.naschke@eeb.org](mailto:mecki.naschke@eeb.org)  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)

### **Greenpeace e.V.**

Große Elbstraße 39  
22767 Hamburg  
Tel. 040 / 30618 -0  
Mail: [mail@greenpeace.de](mailto:mail@greenpeace.de)  
[www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)

### **WWF DetoX campaign**

36 Avenue de Tervuren  
B-1040 Bruxelles  
Mail: Karl Wagner, Direktor, [kwagner@funding-visions.com](mailto:kwagner@funding-visions.com)  
Mail: Julian Scola, Presse, [jscola@wwfepo.org](mailto:jscola@wwfepo.org)  
[www.panda.org/detox](http://www.panda.org/detox)

## Tierschutz

### **Eurogroup for Animal Welfare**

Marlou Heinen  
Senior Policy Officer Research Animals  
Rue des Patriotes 6  
B- 1000 Bruxelles  
Tel: 0032 / 2 / 740 08 20  
Mobil: 0032 / 495 242 333  
Mail: [m.heinen@eurogroupanimalwelfare.org](mailto:m.heinen@eurogroupanimalwelfare.org)  
[www.eurogroupanimalwelfare.org](http://www.eurogroupanimalwelfare.org)

### **Vier Pfoten - Stiftung für Tierschutz**

Altonaer St. 57  
20357 Hamburg  
Tel. 040 / 399249-0, Fax -99  
Mail: [office@vier-pfoten.de](mailto:office@vier-pfoten.de)  
[www.vier-pfoten.de](http://www.vier-pfoten.de)

## Verbraucherschutz

### **BEUC - The European Consumers' Organisation**

Avenue de Tervuren 36, bte 4  
B-1040 Bruxelles  
Tel. 0032 / 2 / 743 15 90  
Mail : [consumers@beuc.org](mailto:consumers@beuc.org)  
[www.beuc.org](http://www.beuc.org)

### **Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.**

„Pillbox“ –Markgrafenstraße 66  
10969 Berlin  
Tel. 030 / 25800 – 0  
Mail: [info@vzbv.de](mailto:info@vzbv.de)  
[www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)